

## 2 Das politische Leben in Belecke

### Die Zeit von 1923 bis 1933

Endlich hatte die Rechnerei mit Millionen, Milliarden und Billionen ein Ende. Im November 1923 wurde die Inflationszeit mit der Einführung der neuen Rentenmark (ab 1924 Reichsmark) abgelöst.

Die Wahlen zum Reichstag, zur Amtsvertretung und zur Gemeindevertretung am 4. Mai 1924 konnten ein neuer Anfang werden. Auch für Belecke? Belecke hatte 1924 eine Einwohnerzahl von 1.783 Personen, von denen 1.751 dem katholischen und 32 dem evangelischen Glauben angehörten. Entsprechend dem Wahlergebnis vom 4. Mai war die Zentrumspartei mit Abstand führend.

Im Rahmen kommunalpolitischer Maßnahmen konnte die bereits vor Jahren begonnene Elektrizitätsversorgung Beleckes abgeschlossen werden.

1924 wurden in der Industrie heftige Lohnkämpfe geführt. Bei der Firma Peters & Cie in Belecke und Warstein streikten 200 Arbeiter sechs Tage lang. Im Juli hatte der Metallarbeiterverband Streik für acht Wochen angeordnet.

Nach erfolglosen Verhandlungen traf Ende 1924 die Nachricht von der völligen Schließung des Werkes Belecke der „UNION“ ein. Über Nacht wurden ca. 250 Männer arbeitslos. Wirtschaftliche Not und unlösbar scheinende Aufgaben für den Gemeinderat und die betroffene Bevölkerung kündigten sich an. Mit dieser Situation hatte sich die politische Führung auseinander zu setzen.

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Belecke wurden Notstandsarbeiten beschlossen. In einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen (siehe auch Teil Wirtschaft) dauerten diese fast bis zum Jahre 1937 an. Trotz aller Bemühungen Arbeit zu schaffen, verschlimmerte sich die soziale Not täglich. „Fürsorge“ war jetzt das gängige Wort. Auf dem Gebiet des Fürsorgewesens brachte die staatliche Verordnung vom 13. 02. 1924 grundlegende Änderungen.

„Während früher die Orts- und Landarmenverbände die Träger der Armenlasten waren, sind jetzt die Bezirksfürsorgeverbände, die den Bezirk eines Land- bzw. Stadtkreises umfassen, und die Landes-

fürsorgeverbände, die wie früher die Landarmenverbände einer Provinz umfassen, zur Erfüllung der Fürsorgeaufgaben verpflichtet.“

Den o.a. Verbänden wurde jetzt auch die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die Sozial- und Kleinrentner und die Wochenfürsorge übertragen.

Der Kreis als Fürsorgeverband hatte den Großteil der Aufgaben des Fürsorgewesens an das Amt Warstein übertragen. Das bedeutete die Auferlegung neuer Lasten für die politische Führung.

Die Reichspräsidentenwahl der Republik und das Fürstenentschädigungsgesetz standen im Jahr 1925 an. Die Entscheidungen der Belecker Bürger bei der Reichspräsidentenwahl am 26. 04. 1925:

Marx (Zentrum)	686	Stimmen
Hindenburg	132	Stimmen
Thälmann (KPD)	11	Stimmen
Wahlberechtigt	1. 042	Personen
gewählt haben	833	Personen
Wahlbeteiligung	79	Prozent

Für die entschädigungslose Enteignung des Vermögens der Fürsten haben 360 Personen, dagegen haben 24 gestimmt.

Als ein Beispiel für kommunalpolitische Arbeit dieser Zeit sei hier in Teilen das Protokoll einer Ratsitzung genannt:

- Antrag an die Stadt auf Beschaffung von Baugelände für das „Clemens-Heim“
- Anlage eines Spritzenhauses, Beschaffung eines hierfür geeigneten Platzes
- Anstellung eines Gemeindedieners
- Anpachtung des Stüttingschen Hauses in der Wilkestraße zur Errichtung eines Schwesternhauses
- Gründung des Verkehrsvereines
- Kreditaufnahme von 15.000 RM für Notstandsarbeiten

- Benennung der Straßennamen für das Baugebiet „Bornholz“
- Rektor Zimmermann beantragt den Kauf der Dr. Ulrich'schen Besitzungen

Die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter an. Stete Bemühungen der Stadt konnten die größte Not lindern helfen. Eine spürbare Entlastung der Gemeinde brachte ab Juli 1927 die neu eingeführte Arbeitslosenversicherung:

„Um die sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu mindern, werden Arbeitsvermittlungen (Arbeitsämter) und eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. In Zeiten der Arbeitslosigkeit wird Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Dadurch wird die Erwerbslosenfürsorge durch das Versicherungsprinzip abgelöst.“

Die Gewährung der Leistung aus der Arbeitslosenversicherung war aber an bestimmte Bedingungen geknüpft, z. B.:

Anwartschaft	26 Wochen in 12 Monaten gearbeitet
Wartezeit	7 Tage
Höchstdauer	26 bis 39 Wochen
Leistungshöhe	mit Zuschlägen 60 bis 80 % vom Bruttolohn
Beitragszahlung	Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen zu gleichen Teilen 3 % des Bruttoeinkommens

Der im Rat der Stadt im Jahre 1925 eingebrachte Antrag auf Beschaffung von Baugelände für das Clemens-Heim wurde jetzt, zum Beginn des Jahres 1928, gegenstandslos. Wegen der zögerlichen Abwicklung hatte das „Clemens Maria Hofbauer-Hilfswerk“ in Bad Driburg ein neues Studienheim gebaut. Die oberen Klassen waren bereits nach Driburg verlegt. In Belecke befanden sich noch sechzig Schüler der unteren Klassen.

Clemens Lackmann, Beleckes Stadtvorsteher, war in diesem Jahr dreißig Jahre lang im kommunalpolitischen Dienst tätig.

Das Spritzenhaus war fertiggestellt und konnte bezogen werden. Neben einer Wohnung gab es auch einen Geräte- und Gefängnisraum. Dieser befand sich früher im Rathaus, im Volksmund hieß er die „Petz“.

Als im Herbst 1929 der Zusammenbruch der Börse in New York die Weltwirtschaftskrise auslöste, schlossen weltweit Banken und Betriebe. Immer schneller stieg die Zahl der Erwerbslosen und damit die Not und die Verzweiflung der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund wählten die Belecker Frauen und Männer am 17. November 1929 ihre Gemeindevorteiler.

Die neue Vertretung mit Hermann Hoppe als Stadtvorsteher und den Verordneten Clemens Lackmann, Franz Koch, Kaspar Huckestein, Heinrich Gauseweg und Wilhelm Kühle hatten jetzt die politische Verantwortung. Die vor ihnen stehenden Probleme schienen unlösbar.

Bereits laufende Notstandsarbeiten wurden durch neue Maßnahmen ergänzt. Dazu litt die Landwirtschaft unter einem rapiden Preisverfall ihrer Produkte. Für Baugelände war ein Preissturz von 60 bis 70 Prozent zu verzeichnen.

Am 18. 07. 1930 wurde in Berlin der Reichstag aufgelöst. Neuwahlen waren für den 14. September angesetzt.

Im Amt Warstein, Wahlkreis Westfalen-Süd, stellten sich folgende Parteien zur Wahl (Zahl der abgegebenen Stimmen im Amt):

Zentrum	3.180
Sozialdemokraten	548
Deutschnationale	71
Deutsche Volkspartei	152
NSDAP	319
Kommunisten	312
Mittelstandspartei	369
Christlich Soziale Reichspartei	573

Wie groß die finanzielle Belastung der Stadt war, zeigen einige Punkte der Vertretersitzung vom 29. September 1931. An dieser Sitzung nahmen auch Pfarrer Schlechter und der Bürger L. B. teil. Hier ein Auszug:

„Die Stadtvertretung und auch die Kommission für das Schwesternhaus sehen nach den Ausführungen des Stadtvorstehers ein, dass bei den heutigen schlechten Zeiten das Schwesternhaus eine sehr starke Belastung für den Etat der Stadt Belecke ist

und gehen vollständig einig, daß unter diesen Umständen die Einrichtung nicht beibehalten werden kann. Es sollen vorläufig alle Verträge gekündigt werden, jedoch wird die Kommission im Verlauf des nächsten Halbjahres versuchen, eventuell für die Krankenpflege, die wohl beibehalten werden müßte, eine passende Wohnung zu bekommen, gegebenenfalls werden Vorschläge der Stadtvertretung unterbreitet."

Wie wichtig die Krankenpflege war, beweist die Tatsache, dass nur an TBC in kurzer Zeit acht Kinder und Jugendliche im Alter bis vierzehn Jahren in Belecke starben.

Es galt die Möhne zu regulieren. Hier arbeiteten Jugendliche und Männer zwei Jahre lang. Auch viele Belecker fanden hier Beschäftigung.

Seit der Reichstagswahl im September 1930, als die NSDAP erstmals auf dem Wahlzettel in Erscheinung trat, hatte sich auch in Belecke eine kleine Gruppe von Männern und Frauen der neuen Hitler-Bewegung angeschlossen. In diesem Jahr wurde mit acht Parteigenossen der Stützpunkt Belecke gegründet. Bis zum Februar 1932 stieg die Mitgliederzahl um weitere zehn, und die erste Schutzstaffel (SS) wurde aufgestellt. Auch die Sturmabteilung (SA) hatte in Belecke bald einen Trupp Männer in Uniform.

In den Monaten des Wahlkampfes Ende des Jahres 1932 sprach in Warstein der spätere Gauleiter für Westfalen-Süd Wagner. Als Kommunisten die Ver-

anstaltung stören wollten, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen.

In den letzten Tagen vor den März-Wahlen 1933 kam es auch in Belecke vereinzelt zu öffentlichen lautstarken Auseinandersetzungen zwischen jungen Männern der NSDAP und denen anderer Parteien. Die gesamte Zeit des Wahlkampfes lief im Gegensatz zu den Nachbargemeinden aber ohne größere Störungen ab.

Wen sollte man wählen?

Die Belecker Männer brauchten Arbeit und Brot für ihre Familien. Die „Braunhemden“ versprachen ihnen das. - Welch hohen Preis sie dafür bezahlen mussten, stellte sich erst Jahre später heraus.

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Bereits am 7. Februar wurde auf Beschluss des Staatsministeriums die alte Amtsvertretung aufgelöst. Das zeigt, wie schnell die Nationalsozialisten ihre Vorstellungen bis in die untersten Ebenen durchsetzen konnten.

Neuwahlen zum Reichstag, Landtag und den Amtsvertretungen waren am 5. und 12. März. Wenn die NSDAP auch einen Sieg errang, die Belecker Frauen und Männer bekannten sich trotzdem mit 50,4 Prozent der abgegebenen Stimmen zur Zentrumspartei (Ergebnisse der Wahlen in folgender Übersicht).

Wahlergebnisse für Belecke bei den Reichstags- und Landtagswahlen (in Klammern) am 5. März 1933

Liste	Parteien und gewählte Personen	Anz. Stimm.	Anteil %
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Hitler, Dr. Frick, Göring, Wagner	224 (221)	22,76
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Husemann, Brandes, Hensler, Schulz	145 (142)	14,73
3	Kommunistische Partei Deutschlands Thälmann, Agatz, Oettinghaus, Koska	51 ( 50)	5,18
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning, Imbusch, Schmidt, Becker	496 ( 498)	50,4
5	Kampffront Schwarz-Weiß-Rotv. Papen, Dr. Ende, Werden, Rüsseler	63 (59)	6,4
6	Deutsche Volkspartei Winnefeld, Funke, Faehre, Rahte	6 (6)	0,6
7	Evangelischer Volksdienst Schmidt, Rippel, Flender, König	-	-
8	Deutsche Staatspartei, Dr. Höppker, Aschhoff, Altenhein, Waldeck, Beirich	2 (3)	0,2
9	Deutsche Bauernpartei Dr. Fehr	-	-

Stimmberechtigte 1.088 (1.088), abgegebene Stimmen 984 (980), ungültige Stimmen 13 (20)

## Wahlergebnisse für Belecke bei den Kommunalwahlen / Amtsvertretung am 12. März 1933

Liste	Parteien und gewählte Personen	Anz. Stimm.	Anteil %
1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) A. Siepmann, Hölling, Witteborg, Theodor Cruse*	220	24
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Menke, Meschede, Grüner, Harnacke*	82	8,95
3	Kommunistische Partei Deutschlands, Raulf, Falke, Salmen sen., Sprenger*	18	1,96
4	Zentrumspartei des Amtes Warstein, Funke, Kremer, Roderfeld, Löffeler*	385	42
21	Liste des Gewerkevereins - Hirsch/Dunker - Hense, Rose, Kropff, Vahle*	137	14,95
22	Dassel, Tacke, Grae, Budde, Reinhold	62	6,76
23	Handel, Gewerbe, Industrie, Risse, Böhmer, Weber, Hoffmann	12	1,31
Stimmberechtigte 1.108, abgegebene gültige Stimmen 916, ungültige Stimmen 11			
Belecker Bürger sind mit * gekennzeichnet			

## Die Zeit von 1933 bis 1939

Der am 17. November 1929 für die Amtszeit von drei Jahren gewählte Belecker Stadtrat blieb trotz der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 noch bis zum 25. August des Jahres im Amt.

Aus der Stadtvertreterversammlung vom 11. April kennen wir folgenden Beschluss:

„Die Vertretung beschließt einstimmig, dem Marktplatz den Namen Adolf-Hitler-Platz und dem Platz am Kriegerdenkmal den Namen Hindenburg-Platz zu geben.“

(Dieser Beschluss ist bis zum Kriegsende im Mai 1945 nicht verwirklicht worden.)

Zwischenzeitlich waren entsprechend dem Wahlergebnis vom 12. März folgende Belecker Bürger zusätzlich als Amtsvertreter benannt worden;

für die NSDAP Theo Cruse  
für das Zentrum Karl Löffeler  
für die SPD Johann Harnacke  
für die KPD Josef Sprenger

Der NS-Staat wurde schnell Wirklichkeit. Mit dem „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ wurde die Unterdrückung oppositioneller Parteien erreicht. Damit war die Diktatur des Einparteienstaates festgeschrieben. (Organisation der NSDAP siehe Anhang)

Alle wichtigen Ämter wurden jetzt mit Parteigenossen besetzt. Wie ein Spinnennetz überzog die Partei bald die ganze Gemeinde. Neue NS-Gliederungen und Verbände entstanden. Bereits bestehende örtliche Vereine wurden, wie z. B. der Caritasverein, weiter geduldet oder „übernommen“.

Nachstehende Strukturen entstanden:		Führer/in der ersten Jahre
SS	Schutzstaffel, bestand bereits seit Februar 1932,	Theo Cruse / Josef Stütting
SA	Sturmabteilung,	Josef Rhode
NSKK	NS-Kraftfahrkorps,	Josef Petrasch
HJ	Hitler Jugend, Jungen 15 bis 18 Jahre	Hermann Hölscher / Franz Cramer
DJ	Deutsches Jungvolk, Jungen 10 bis 14 Jahre	Helmut Vollmer
BdM	Bund deutscher Mädel, Mädchen 15 bis 18 Jahre	Elli Wischues
JM	Jungmädel, Mädchen 10 bis 14 Jahre	
NSF	NS-Frauenschaft	Wilhelmine Vollmer
NSV	NS-Volksfürsorge	Adolf Grundmann
DAF	Deutsche Arbeitsfront	Hans Löbbcke
DRL	Deutscher Reichsbund für Leibesübungen	
RNS	Reichsnährstand, Ortsbauernschaft	Theo Kruse, später Josef Kroll-Schlüter

Vereine, die geduldet oder in die neuen Organisationen übernommen wurden	Leiter	akt.- /pass. Mitglieder 1937
Turnverein 1899	Vereinsführer Adolf Feller	84
Schützenverein	Schützenoberst August Gödde	350
Kriegerverein in der Wehrmachtskameradschaft		
Belecke, Deutscher Reichskriegerbund	Vorsitzender Hermann Hoppe	150
Männergesangverein Pankratius	Vereinsführer Fritz Wessel	100
Cäcilienverein als gemischter Chor für in der Regel kirchenmusikalische Ereignisse	Chorleitung Caspar Bracht	
Sauerländischer Gebirgsverein, SGV	Vorsitzender Heinrich Kuhlemann	100
Freiwillige Feuerwehr	Brandmeister Fritz Hoppe-Bille	41
Tierschutzverein	Leitung Heinrich Kuhlemann	
Karnevalsverein	Präsident 1936/37 Adolf Feller	
Caritasverein, 1932 bis 1937 (eine Badeschwester, eine Krankenschwester, zwei Kinderverwahrschwestern, eine Schwester für den Haushalt)	Vorsitzender Pastor Schlechter	
Gesellenverein, 1933 bis 1935	Senior: Karl Eickhoff	

Erst wenige Monate an der Macht, nahm Hitler die „biologische Aufwertung des Volkes“ in Angriff. Eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen war die „Förderung der Hochwertigen und die Hem-

mung der Unterwertigen“.

Durch das Ehestandsdarlehns-gesetz wurde „erbgesunden und unbescholtenen jungen Leuten“ finanzielle Hilfe gewährt.

## Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

Seit der nationalen Erhebung beschäftigt sich die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße mit den Fragen der Bevölkerungs-politik und dem dauernd zunehmenden Geburtenrückgang.

Es ist aber nicht nur der Rückgang in der Volkszahl, der zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt, sondern in gleichem Maße die mehr und mehr in Erscheinung tretende Beschä-fenheit der Erboverfassung unseres Volkes. Während die erbgesunden Familien größtenteils zum Ein- und Keinkind-system übergegangen sind, pflanzen sich unzählige Minderwertige und erblich Belastete hemmungslos fort, deren kranker und asozialer Nachwuchs der Gesamtheit zur Last fällt.

Während die gesunde deutsche Familie besonders der gebil-deten Schichten nur etwa 2 Kinder im Durchschnitt hat, weisen Schwachsinnige und andere erblich Minderwertige durch-schnittlich Geburtenziffern von 3 bis 4 Kindern je Ehe auf. Bei einem solchen Verhältnis ändert sich aber die Zusammen-setzung eines Volkes von Generation zu Generation, so daß in etwa drei Geschlechtern die wertvolle Schicht von der minderwertigen völlig überwuchert ist. Das bedeutet aber das Aussterben der hochwertigen Familien, so daß demnächst höchste Werte auf dem Spiel stehen: es geht um die Zukunft unseres Volkes!

Dazu kommt, daß für Geisteschwache, Hilfschüler, Geistes-krankte und Asoziale jährlich Millionenwerte auf-gewandt werden müssen, die den gesunden, noch kinderfrohen Familien durch Steuern aller Art entzogen werden. Die Für-sorgelasten haben eine Höhe erreicht, die in gar keinem Ver-hältnis mehr zu der trostlosen Lage derjenigen steht, die diese Mittel durch Arbeit aufbringen müssen.

Von weiten Kreisen des deutschen Volkes wird darum heute die Forderung gestellt, durch Erlaß eines Gesetzes zur Ver-hütung erbkranken Nachwuchses das biologisch minderwertige Erbgut auszuspalten.

Da die Sterilisierung das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Dererbung von Geisteskrankheiten und schweren Erb-leiden zu verhüten, muß das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als eine Tat der Nächstenliebe und Dorfsorge für die kommende Generation angesehen werden. So werden in der Tat in mehreren ausländischen Staaten Sterilisierungs-gesetze bereits lange durchgeführt, z. B. in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Dänemark. Das erste Sterili-sierungsgesetz wurde in den Vereinigten Staaten von Nord-amerika im Jahre 1905 in Staate Pennsylvanien angenom-men. Entsprechende Gesetze sind inzwischen in 24 von 48 Staaten eingeführt worden, die im allgemeinen die z w a n g s - w e i s e Unfruchtbarmachung vorsehen.

Das neue deutsche Gesetz geht von der Erkenntnis aus, daß es nicht alle Erbkranken, vor allen Dingen nicht alle leichteren Fälle von Geistesstörungen und auch nicht die gesunden Träger von Erbkrankheiten erfassen kann; es will zunächst nur die Krankheitsgruppen einbeziehen, bei denen die Regeln der Der-erbung mit großer Wahrscheinlichkeit einen erbkranken Nach-wuchs erwarten lassen. Dies trifft bei den in § 1 genannten Krankheiten, z. B. angeborenem Schwachsinn, den Geisteskrank-heiten, bei erblicher Fallsucht, Deitstanz und den schweren erb-lichen körperlichen Mißbildungen zu. Es wird Aufgabe der dazu berufenen Stellen sein, durch Aufklärung und Ehe-beratung die Wirksamkeit dieses Gesetzes zu vervollständigen.

Denen, die bereits ihren Anteil am „Aufbau des Volkes“ erfüllt hatten, zahlte der Staat Kinderbeihilfen. Gegen diese Familien durften aber „keine schwerwiegende gesundheitliche Bedenken bestehen, die eine Förderung der Kinder aus erbpflegerischen Gründen verboten“. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses war ein weiterer Schritt der Rassenideologie.

Auch die 1929 gewählten Stadträte wurden jetzt ideologisch gleichgeschaltet. In der Ratssitzung vom 25. August 1933 heißt es:

„Herr Stadtvorsteher Hermann Hoppe begrüßt die erschienenen Herren, u. a. Bürgermeister Gierig. Die Stadtvertreter Kaspar Huckestein, Ludwig Rose, Karl Löffeler und Adolf Blecke haben ihr Mandat niedergelegt. Auf Vorschlag der NSDAP werden die Herren Ortsgruppenleiter August Vollmer, Betriebsleiter Ernst Stiebing, Maschinenbesitzer Josef Stütting und der Schlosser Anton Risse als Nachfolger bestimmt, mit Handschlag verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.“

Doch das war erst der Anfang. Bereits acht Wochen später, am 27. Oktober 1933, scheidet der Stadtvertreter Hermann Hoppe nach vierjähriger Tätigkeit als Stadtvorsteher aus. Das Protokoll lautet:

„Mit sämtlichen Stimmen des Rates wird der Maschinenbesitzer Josef Stütting als neuer Stadtvorsteher gewählt. Er wird vom Bürgermeister Gierig in sein Amt eingeführt und vereidigt.“

Der neue Stadtrat setzte sich jetzt wie folgt zusammen:

Stadtvorsteher	Pg. <sup>1</sup> Josef Stütting
Stellvertreter	Pg. August Vollmer
Schulvorstand	Pg. August Vollmer
Kuratorium der Berufsschule	Pg. Ernst Stiebing
Friedhofskommission	Pg. August Vollmer
	Pg. Heinrich Bange
Fürsorgekommission	Pg. Anton Risse
	Pg. Heinrich Bange
	Pg. Adolf Grundmann
Baukommission	Pg. Oberstraßenmeister Müller
	Pg. Anton Risse

<sup>1</sup> Pg. = Parteigenosse

Mit diesen Männern begann die Politik der „neuen Zeit“. Ab jetzt hieß es aber auch nicht mehr „Die Vertretung beschließt ...“, sondern „Ich bestimme hiermit ... Der Stadtvorsteher“.

Von der „politischen Polizei“ (Geheime Staatspolizei - Gestapo) wurden wegen staatsfeindlicher Äußerungen oder Betätigungen im Amtsbezirk bis zu diesem Zeitpunkt 35 Personen in Schutzhaft genommen, darunter befanden sich auch die Belecker Bürger Fritz Feller und Johannes Koch.

Wenige Wochen nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 befand sich Fritz Feller, ein Sohn der Belecker Altstadt, zu Besuch in seinem Elternhaus in der Sauerstraße. Er hatte aus Köln, wo er zu der Zeit wohnte, eine Zeitschrift mitgebracht, in der über den Reichstagsbrand geschrieben war. Die Zeitschrift nahm er mit zum Frisör Löffeler in der Wilkestraße. Dort im Frisörraum anwesend war auch Franz Adrian, eingetragenes Mitglied der NSDAP und SS-Mann.

Mit dem Artikel über das Brandgeschehen des Reichstages kam es wohl zu gegensätzlichen Äußerungen zwischen Feller und Adrian. Die politische Einstellung Fellers war sozialdemokratisch-kommunistisch ausgerichtet.

Noch am Nachmittag des gleichen Tages wurde deutlich, mit wieviel Macht sich das gewählte Nazi-regime schon zum Anfang der Regierungszeit behauptete.

Familie Feller ging am erwähnten Nachmittag an der alten Post in der Bahnhofstraße spazieren. Dort hielt plötzlich ein Kraftwagen. Vier in SS-Uniform gekleidete Männer sprangen heraus, drei davon waren bekannte Belecker. Sie gingen auf Fritz Feller zu. Der musste sich ausweisen, dann nahm man ihn fest.

Fritz Feller wurde danach sechs Wochen lang im Zuchthaus Werl inhaftiert.

Einen anderen Fall beschreibt der Bericht „Denunziert und verhaftet“. Die damals 9 und 10 Jahre alten Brüder Helmut und Josef Raulf erinnern sich folgender in Belecke bekannter Begebenheit.

Im Frühsommer 1933, kurz nach der Machtübernahme durch die NSDAP, fand in Belecke ein

Marsch der SS und der SA statt. Als der Zug, der auf dem Vorplatz der alten Schützenhalle begann, sich der Lanfer näherte, schallte es plötzlich vom gegenüber liegenden Propsteiberg deutlich vernehmbar von Männerstimmen „Freiheit! Freiheit!“ und außerdem „Heil Moskau“ ins Tal. Man erteilte den Marschierern den Befehl, die Rufer zu verfolgen und zu ergreifen. Mit heruntergelassenem Sturmriemen (Kinnriemen) stürmten daraufhin SS- und SA-Männer sowohl den Fußweg am Haan und in der „Drüppelkunte“ als auch geradewegs durch Stüttings Mühlengraben den Propsteiberg hinauf. Das Unternehmen blieb erfolglos, die Rufer waren verschwunden.

Aber der Verräter ruht nie. Die Männer wurden denunziert. Von den uns bekannten Namen (J. Sp., A. K., E. St., J. H., F. F., J. T. und A. E.) sei stellvertretend der des Taubenzüchters und Kommunisten Homann genannt, der als frühinvalidierter Bergmann in Belecke lebend, bei einer Nacht- und Nebelaktion verhaftet wurde.

Der Vater unserer Berichterstatter wurde Zeuge dieser Verhaftung, da er als Notstandsarbeiter eine Nachtpatrouille durchzuführen hatte.

Bekannter wurde noch der Fall von Johannes Koch, genannt Mattinges.

Durch die Wirtschaftskrise arbeitslos geworden, schloss er sich wie andere seiner Freunde der kommunistischen Partei an. Bei 2,75 RM Arbeitslosengeld für die Woche war die Not groß. Neue Arbeit fand der Oberbelecker wegen seiner politischen Einstellung nicht. Auch er war als einer der Rufer vom Propsteiberg erkannt worden.

Als er, von der Gestapo abgeholt, die Wilkestraße hinunter fuhr, begegnete ihm zu Fuß ein Parteifreund. Sie begrüßten sich mit dem Gruß der Kommunisten, der erhobenen Faust.

Johannes Koch wurde in Werl eingeliefert, verurteilt und wochenlang in Arnsberg inhaftiert gehalten. Seine Leidenszeit dort entsprach der Behandlung, wie wir sie im Fall van den Hövel beschrieben haben.

Als Jahre später sein jugendlicher Nachbar E.W. etwas über die Haftzeit und die Haftbedingungen

erfahren wollte, antwortete er nur: „Junge, frag mich nicht danach, ich werde nie etwas davon erzählen“. Nicht nur Vorsicht und Angst sprachen aus diesen Worten. Die Schikanen und die Brutalität der Behandlung müssen so schrecklich gewesen sein, dass „Mattinges Hänes“ auch Jahre nach dem Kriege nicht davon sprach, nicht einmal in der vertrauten Runde seiner Skatbrüder, die vergeblich versuchten, Fakten über die dunkle Zeit in Erfahrung zu bringen.

Die Fälle Johannes Koch, Homann und Fritz Feller sollten für Belecke aber keine Einzelfälle bleiben. Die Auflösung der demokratischen Parteien und Hilfsorganisationen sowie die Beschlagnahme und Einziehung ihres Vermögens traf in Belecke auch die KPD, SPD, Vereinigung Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Spiel- und Sportverein. Dem erwähnten Taubenhalter und KPD-Mann Homann wurden bereits vor der Verhaftung alle Brieftauben weggenommen.

Trotz dieser Vorkommnisse traten junge Männer und Familienväter in die neuen NS-Gliederungen und Verbände ein. Mit wenigen Ausnahmen taten sie dies nicht aus politischer Überzeugung, sondern um nicht schwere Nachteile zu erleiden. Arbeit und Brot hatten die „Braunhemden“ ihnen versprochen, doch ohne Gegenleistung war das nicht zu haben.

Arbeit? Ja, aber der Beitritt in eine NS-Gruppe war oft die Voraussetzung dafür. So wurden selbst Jugendliche, wenn sie um eine Lehrstelle nachfragten oder einfach nur Arbeit haben wollten, aufgefordert, der Hitler-Jugend beizutreten. Beispielhaft sei hier die im Jahre 1934 herausgegebene Betriebsordnung der Firma Peters & Cie in Belecke genannt, wie im Kapitel 1 - Wirtschaft zitiert.

Heute wissen wir, dass sich diese politische Erpressung nicht nur auf den seinerzeit größten Industriebetrieb der Stadt beschränkte. Deshalb marschierten bald immer mehr SA- und SS-Männer sowie Hitlerjugungen mit Fahnen und Wimpeln durch Belecke.

Kamen da dem einen oder anderen nicht doch Zweifel an seinem Verhalten?

Diese möglichen Zweifel wurden in Frage gestellt durch das in den Zeitungen bekannt gemachte Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl in Rom und der neuen NS-Regierung. Darin war geschrieben, dass

die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat gütlich geregelt werden sollten. Franz von Papen, der Stellvertreter des „Führers“, hatte selbst die Verhandlungen geführt, und er war sicher kein überzeugter Nazi.

Franz von Papen erklärte noch am 30.01.1933 dem Pommerschen Rittergutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin: „Was wollen Sie denn? Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gequetscht, daß er quietscht!“ Franz von Papen irrte sich gründlich.

(Quelle: Chronik-Verlag 1934, Gütersloh-München, Illusion der bürgerlichen Rechten über eine „Zählung“ Hitlers)

Selbst der damalige Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., hatte in einer bereits im Jahre 1929 gehaltenen Rede ein großzügiges, in die Zukunft gerichtetes Programm für die katholische Kirche Deutschlands entworfen. Neben anderen Aussagen sind die folgenden bemerkenswert, weil sie das Verhältnis Kirche-Staat durchweg positiv darstellen und in diesem Fall den katholischen Wählerkreis beeinflussen konnten:

„Deshalb ist den Katholiken Dienst am Volke und Dienst am Staate ein heiliges und unverbrüchliches Gebot Gottes“

„Die katholische Auffassung vom Staat umschließt zwei fundamentale Lebenselemente:

Das erste: Die Staatsautorität wird in Gott verankert, (...)

Das zweite: Die Staatsautorität besagt für ihre Träger nichts anderes als die Verantwortung für das Volk. Die Bekenner anderer Weltanschauungen sollten uns Katholiken dankbar sein für die Festigung, Sicherung und Stetigkeit, die wir durch unsere Sinngebung des Staates in dessen Leben und Wirken hineinbringen.“

Am 5. September 1933 ernannte der Heilige Vater im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung den Pfarrer von Galen zum Bischof von Münster.

Der Tag seiner Weihe war ein Festtag. In dem Fahnenwald der kirchlichen Vereine fehlten an diesem Tage nicht die Fahnen des Staates, der SA, des Stahlhelms und der Hitler-Jugend. Katholische

Jugendverbände und Hitler-Jugend gemeinsam bildeten Spalier, als die Bischöfe in den Dom einzogen.

Bei seiner Vereidigung durch den Ministerpräsidenten General Göring fand der neue Bischof klare Worte:

„Wenn man in unserem Volke den ererbten Christenglauben erschüttern würde, dann ist das nach meiner heiligen Überzeugung der größte Schaden, der es bedrohen könnte. Und wer das Vertrauen in das Manneswort des Führers untergräbt, der richtet furchtbaren Schaden an. Deshalb ist es meine Pflicht (...) mit aller Kraft solchem Schaden vorzubeugen.“

Der heilige Stuhl und etliche katholische Bischöfe sowie die evangelische Kirchenleitung hatten sich klar geäußert. Sie bejahten die neue NS-Regierung um den Erhalt ihres Einflusses willen. Vor diesem Hintergrund und mit dem offenen Bekenntnis der Kirchen zu Staat und Volk konnten die NS-Propagandisten für sich Stimmung machen und die noch unentschlossenen Bürger beim Ja zur NSDAP in ihrem Sinne beeinflussen.

Über die wahren Ziele der Partei aber waren die Belecker Wähler nur mangelhaft informiert. Wenn auch mancher Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hatte, so bleibt doch zweifelhaft, ob er/sie das Geschriebene in seiner Tragweite und politischen Bedeutung für die Folgezeit auch beurteilen konnte.

Endlich gab es, wenn auch nur zögerlich, mehr Arbeit. Die materielle Not konnte dadurch gelindert werden. Besonders in diesem ersten Jahr wurden alle staatlichen Stellen von NS-Leuten besetzt. Wer Kritik am NS-Staat übte, musste mit Nachteilen bis zur Verhaftung und Sicherungsverwahrung rechnen (siehe Fälle Koch, Feller).

Es gab auch innerhalb der NS-Organisationen Protest, der zum lebenslangen Ausschluss führte, wie z. B. das umseitige Dokument beweist.

Gleich nach der Machtübernahme im Januar 1933 hatte das Vereinsleben sehr gelitten. Die Gruppen der SA und SS verhinderten größere Festlichkeiten. Nach dem Auszug des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus den Räumen der „UNION“ in der Lanfer wurde dort ein „Aufbaulager“ für Notstandsarbeiter eingerichtet. Die Angelegenheit Schulhausbau wurde weiter betrieben. Außer dem Vikariegelände und



Ausschlußbescheinigung.

Der SA - Mann Heinrich Gerte, geb. 8.7.1904 in Belecke  
aus Belecke/Möhne, Mittelstr. vom Sturm 2/220  
wird mit Wirkung vom sofort  
wegen Dienstverweigerung und grober Disziplinlosigkeit

aus dem Verbands der SA für dauernd ausgeschlossen.

Arnsberg, den 5. Juni 1935.  
Ruhrstr.24.



Der Führer der SA-Brigade 68 (Arnsberg)

*H. Gerte*  
H. G. F. b.

Oberführer.

Nachrichtlich an:

- 1.) Ortspolizeibehörde
- 2.) Kreisleitung
- 3.) Ortsgruppenleitung
- 4.) Arbeitgeber.

Bereits im November 1933 wurde die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) gegründet. Damit wollten die Nationalsozialisten auch die Bereiche Freizeit und Urlaub unter ihre Kontrolle bringen. Die Bürger sollten keinen Raum finden, in dem sie sich dem staatlichen Zugriff entziehen konnten. Das Angebot für preiswerte Reisen war vielfältig. Auch Belecker Gaststätten, Privatpensionen und Familien wurden aufgefordert, Plätze für Urlauber zur Verfügung zu stellen.

Am 10. April 1933 wurde der 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit erklärt und damit offizieller Feiertag. Hierzu versammelten sich die schon bestehenden NS-Formationen am Vorabend an der Schützenhalle. In Marschordnung ging es zur oberen Silbkestraße (Waldschule). Eine große Birke wurde gefällt und auf einem bespannten Leiterwagen zur Halle gebracht. Mit Bändern geschmückt stand sie bald an ihrem Platz. Der Abend gehörte dem „Tanz in den Mai“.

Morgens gab es dann Ansprachen, Appelle an die Arbeiterschaft und kostenlose Erbsensuppe aus der Gulaschkanone.

Die NS-Regierung erzwang in den Wochen nach der Machtübernahme die Schließung aller ihr nicht genehmen Zeitungen. Neben dem Amtsblatt „Rote Erde“ gab es hier nur noch den „Patriot“, „Westfalen-Kurier“ und „Tremonia“. Parteigenossen lasen den „Schulungsbrief der NSDAP“. Für andere kam der „SA-Führer“, der „Stürmer“ oder „Das schwarze Korps“ ins Haus. Speziell die zuletzt genannte Zeitschrift nutzte der Herausgeber Julius Streicher für seinen Judenhass.

Bereits im Mai 1933 wurde in Scharzfeld im Harz die „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Glaubensbewegung“ gegründet. In Belecke kannte man diese

dem Platz am „Neuen Weg“ (heute Paul-Gerhard-Straße) schieden alle anderen Plätze aus. Die Verhandlungen mit der Kirchengemeinde blieben erfolglos. Von der Familie Richter kaufte die Stadt dann 50 Ar Wiesengelände am „Neuen Weg“. Baupläne sollten erstellt und dem Minister vorgelegt werden.

Erstmals konnte für das Jahr 1933/34 das Winterhilfswerk abgeschlossen werden. Erwachsene und Schulkinder hatten durch die Hilfsbereitschaft der Bürger die Sammelbüchsen gefüllt und der NSV (NS-Volkswohlfahrt) in der Apotheke Grundmann abgeliefert. Von den Spenden sollten bedürftige Menschen unterstützt werden, aber nur, wenn sie zu „rassisch wertvollen, erbgesunden Familien“ gehörten.

Gruppe bald als die „Neuheiden“, „Deutschgläubige“ oder „Gottgläubige“. Bis 1942 traten 42 Bürger dieser neuen Glaubensrichtung bei.

Verschiedene Gegensätzlichkeiten zwischen der Hitlerjugend und konfessionellen Jugendorganisationen zu Pfingsten 1934 in Warstein führten dazu, dass bestimmten konfessionellen Verbänden öffentliche Aufmärsche und öffentliche Kundgebungen sowie die Teilnahme an öffentlichen und nicht rein kirchlichen Veranstaltungen in Bundestracht untersagt wurden.

Nachdem sich die Übertretungen dieses Uniform- und Aufmarschverbotes häuften, erließ die Staatspolizei für den Regierungsbezirk Arnsberg in Dortmund am 26. Juni 1934 eine Anordnung, wonach Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot bestraft werden konnten. Mit dieser Anordnung wurde für die katholische Jugend ein Exempel statuiert.

Offensichtlich waren die Vorgänge in Warstein aber kein Einzelfall. In Fulda waren die Verhandlungen über die die katholischen Jugendverbände betreffenden Konkordatsbestimmungen ins Stocken geraten. Die Bischöfe machten folgenden Vermittlungsvorschlag:

„Den Mitgliedern der katholischen Jugendverbände wird empfohlen, sich auch in die Hitlerjugend aufnehmen zu lassen. Voraussetzung dafür wäre, daß die katholischen Organisationen auf der Straße, den Plätzen und bei Wanderungen in der Natur, mit ihren Trachten und Fahnen geschlossen auftreten dürfen.“

Wie wir wissen, hatte aber die Bezirksregierung Arnsberg ihre Anordnung bereits verkündet und strafrechtliche Folgen angedroht. Bis zum Ende des Jahres wurden im Amt Warstein deswegen fünf Personen verhaftet.

Zur gleichen Zeit proklamierte der Reichserziehungsminister den Sonnabend zum Staatsjugendtag, an dem der Schulunterricht ausfiel. Dieser Tag war nun der staatspolitischen Erziehung durch die Hitlerjugend vorbehalten. Damit wurde die Hitlerjugend neben der Schule und dem Elternhaus eine gleichberechtigte Erziehungsinstitution. Schüler, die noch nicht der Hitlerjugend angehörten, mussten an diesem Tag in anderen Klassen am Unterricht teilnehmen, z. B. in Mädchenklassen.

Im ganzen Reich fanden jetzt mit großem Propagandaaufwand erstmals Sommersonnenwendfeiern statt. Mit der Wiederbelebung germanischer Feste sollten langfristig die christlichen Feiern wie Weihnachten und Ostern ersetzt werden.

Für die Volksschule Belecke wurde nach dem Tode des Schulleiters Dr. Josef Hoffmeister Georg Lazarus aus Mellen bei Balve benannt. Am 1. Januar 1935 trat er diese Stelle an. Er machte zunächst einen guten Eindruck. Wie aus diesem Paulus dann ein Saulus wurde, wird im Abschnitt „Schule“ ausführlich berichtet.

Durch die „Deutsche Gemeindeordnung“ vom 30. Januar 1935 wurden die Stellung und die Aufgaben des Bürgermeisters wesentlich verändert. In der kommunalen Selbstverwaltung galt jetzt das Führerprinzip: Der Bürgermeister führt allein und in eigener Verantwortung. Zu seinem Stellvertreter wurden in Belecke zwei Beigeordnete „bestellt“. Daneben wurden sechs Ratsherren „berufen“. Sie hatten nicht, wie die früheren Gemeindevertretungen, das Recht zu beschließen, so dass der Bürgermeister an ihre Beschlüsse gebunden war, sondern waren jetzt lediglich Ratgeber des Bürgermeisters. Sie hatten das Gemeindewohl zu wahren und Verständnis für die beschlossenen Maßnahmen bei den Bürgern zu wecken.

Durch das „Gesetz zur Einheit von Partei und Staat“ vom 29. März 1935 war der Staat jetzt völlig der Partei ausgeliefert.

Der Jahresbericht 1934 des Amtes Warstein (Stadtarchiv Warstein, Bestand E, Nr. 16-1935) meldet für Belecke:

- Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
- Der Neubau der Schule Mittelstraße wurde beschlossen. In dieser Schule soll ein Raum für die Jugendpflege der „Staatsjugend“ zur Verfügung stehen
- Die Borromäusbibliothek wurde von der sogenannten „Schmutz- und Schundliteratur“ befreit

Am 16. März 1935 wurde die „Allgemeine Wehrpflicht“ verkündet. Siehe dazu den Abschnitt „Vikar van den Hoevel“ im Kapitel „Kirche im Dritten Reich“.

Von August Hagemann, genannt Frönnes, wird be-

richtet, dass er wegen parteischädigenden Verhaltens mehrfach kurzzeitig inhaftiert wurde. Die Folgen des Boykotts seines Geschäftes führten dazu, dass er sogar einen Teil seiner Ländereien verkaufen musste.

Im Sommer 1935 wurde ein neuer Ortsgruppenleiter benannt. Ernst Stiebing wurde August Vollmers Nachfolger.

Georg Lazarus, der neue Hauptlehrer, fand sich in Belecke schnell zurecht. Als überzeugter Nationalsozialist und glühender Verehrer seines Führers wollte er das NS-Gedankengut den Beleckern vermitteln. Als Schulleiter machte er damit bei den Kindern den Anfang. Seine ganze Familie setzte er dabei ein. Frau Lazarus gründete eine Kinder-Jung-schar. Wöchentliche Treffen fanden im Rathaus-klassenzimmer statt. Schon die Sechs- bis Zehnjährigen sollten mit dem „neuen Geist“ spielend vertraut werden. Wegen zu geringer Betei-ligung löste sich diese Gruppe aber schnell wieder auf. Die zwölfjährige Tochter Herta wurde Jungmädelführerin. Der Sohn Franz, ein ehemaliger Reichs-wehr-Unteroffizier, war bei Peters & Cie beschäftigt. Er gründete dort, zusammen mit dem Obmann der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) die Werkschar und war bald Gefolgschaftsführer der Hitlerjugend.

Am 26. Juni 1935 wurde das „Reichsarbeitsdienst-gesetz für die männliche Jugend“ verkündet. Alle Männer zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr mussten einen 6-monatigen Arbeitseinsatz absolvieren. Nach diesem Dienst sollten die jungen Männer übergangslos der SA, SS, NSKK oder anderen NS-Organisationen beitreten. Die Lücke bis zum Dienst in der Wehrmacht war dadurch geschlossen.

Der Landrat des Kreises Arnberg Dr. Teipel erschien am 19. Februar bei der Beleckers Ratssitzung. Er wollte sich von der ordentlichen Durchführung der neuen Gemeindeordnung persönlich überzeugen. Insbesondere die Anwendung des Führerprinzips wurde kontrolliert.

Zum Jahresabschluss 1935 machte der Amtsbürgermeister im Verwaltungsbericht eine bemerkenswerte Feststellung:

„Bei der Durchführung der NS-Gesetzgebung in der Kommunalverwaltung sind die Stellen der Gemein-

deleiter und Gemeinderäte mit Nationalsozialisten oder solchen Personen, die sich jederzeit rückhaltlos für den NS-Staat einsetzen, besetzt worden. Auf ihre Schulung im Sinne des NS-Staates wird besonders Wert gelegt. Das Ideengut des Nationalsozialismus muß so restlos in sie eindringen, damit sie eine feste und zuverlässige Stütze des Dritten Reiches sind.“

Die personelle Besetzung des Beleckers Stadtrates hatte sich inzwischen geändert. Ihm gehörten jetzt an: Stadtvorsteher Josef Stütting (Maschinenbesitzer), Erster Beigeordneter und i. V. August Vollmer (Kaufmann), Zweiter Beigeordneter Adolf Grundmann (Apotheker) und die Ratsherren Theo Cruse (Ortsbauernführer), Otto Müller (Oberstraßenmeister), Josef Petrasch (Bauer und Fuhrunternehmer), Franz Stracke (Schreinermeister), Franz Adrian (Ofenmann) und Ernst Stiebing (Betriebs- und Ortsgruppenleiter).

Die Zahl der Parteigenossen hatte zugenommen. Gab es nach der Wahl 1933 erst 70, so zählte man jetzt ca. 150 Männer und Frauen als Parteigenossen.

Bei der Firma Peters & Cie waren zum Beginn des Jahres 1936 schon wieder 340 Menschen beschäftigt (1932 nur 80). Die Werkschar bereitete sich zum zweiten Mal auf die Fahrt zum Reichsparteitag nach Nürnberg vor. Viele der jungen Männer kamen beeindruckt von diesem NS-Großereignis zurück. Die nationalsozialistische Propaganda-Maschinerie mit ihren Aufmärschen, Vorführungen und der Fahnenflut hatte sie geschickt umgarnt.

Der Schulneubau in der Mittelstraße konnte bezogen werden. Zwei Klassen und ein Werk- und Bastelraum im Keller standen zur Verfügung.



*Beleckers Jungen beim RAD im Emsland*

## E i n l a d u n g I

Die Stadt Belecke hat unter erheblichen Opfern im Interesse der Volksgesundheit und der Kräftigung der Jugend ein Schwimmbad geschaffen. Das Bad liegt an der Strasse Belecke - Mülheim, dem Kaiser Heinrichbad gegenüber. Dieses Schwimmbad soll am Sonntag, dem 16.8.1936 mit einer Einweihungsfeier um 14.30 Uhr eröffnet und der Benutzung übergeben werden.

Hierzu lade ich Sie, gleichzeitig im Namen des Bürgermeisters der Stadt Belecke herzlich ein. Ich hoffe gern, dass Sie die Einweihungsfeier mit Ihrer Anwesenheit beehren werden.

Es wird gebeten, mit der geschlossenen Formation bzw. Schuljugend anzutreten.

Warstein, den 11. August 1936.

Der Amtsbürgermeister:

An Herrn Hauptlehrer  
Lazarus  
in Belecke





*Belecker Freibad mit Sprungbrett*

Das Schwimmbad war unter Mitwirkung von RAD-Männern fertiggestellt und wurde am 16. August 1936 eingeweiht.

Schwimmvorführungen und Wasserspiele der Männer rundeten das Programm ab. Am Eingang wehte die Hakenkreuzfahne. Jetzt konnten alle baden gehen, beim Bademeister Peter Hoppe schwimmen lernen und sich im Sinne der NSDAP „körperlich ertüchtigen“.

Ab dem 1. Juli wurden laufend Kinderbeihilfen gezahlt. Später wurden auch die Bauern und selbstständige Handwerker in den Kreis der Berechtigten einbezogen. Die Hilfe war aber an bestimmte Voraussetzungen gebunden.

Die Stadt kaufte in diesem Jahr das Gelände des Heilbades von der Provinz Westfalen.

Nachdem bei der Fuldaer Bischofskonferenz 1934 über das Verhältnis der christlichen Jugendverbände

und der Hitlerjugend keine Lösung gefunden wurde, war am 19. April 1936 über den weiteren Weg der NS-Jugend eine wichtige Entscheidung gefallen.

Am Vorabend von Hitlers Geburtstag erklärte der Reichsjugendführer das Jahr 1936 zum "Jahr des deutschen Jungvolkes". Fast der gesamte Geburtsjahrgang 1926, neunzig Prozent der betroffenen Jungen und Mädchen waren in das Jungvolk oder bei den Jungmädeln „eingegliedert“ worden. Als erstes lernten die Jungen ihre „sieben Schwertworte“:

„Jungvolkungen sind hart, schweigsam und treu. Jungvolkungen sind tapfer und wahr. Jungvolkungen sind Kameraden. Des Jungvolkungen Höchstes ist die Ehre.“

Nach außen hin schien der Beitritt zu Jungvolk und Jungmädeln noch freiwillig. Die Unwilligen waren in Belecke durch die Schulleitung aber oft Pressionen ausgesetzt.

1939 wurde für alle zehnjährigen Jungen und Mädchen dann die „Jugenddienstpflicht“ verkündet und ab 1940 praktiziert. Jetzt gab es keine Wahl mehr.

Im Oktober 1937 wählte man in Belecke den Festausschuss zur Tausend-Jahr-Feier. Ihm gehörten an: Kaspar Bracht, Lehrer Kuhlemann, Ludwig Rose, Hauptlehrer Lazarus, Bahninspektor Dettmers, August Gödde, Hermann Hoppe, Fritz Wessel, Hans Löbbcke sowie die Führer des Turnvereins, der Hitlerjugend und des BDM.

Bereits im November konnten die Ausschüsse gebildet werden. Jeweils ein Bürger hatte die Führung. Er sollte die Arbeiten leiten und vorwärts treiben. Die Belecker hatten sich viel vorgenommen und demonstrierten Eintracht, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Eine zum Jahresabschluss öffentliche Ratssitzung mit geladenen Gästen wurde beendet mit dem Gruß an den Führer sowie dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied.

Zum Beginn des neuen Jahres 1937 hatte es schon eine gute Nachricht gegeben:

„Der Bezirk des Amtes Warstein weist keine Erwerbslosen mehr auf!“

Damit war die große materielle Not offensichtlich überwunden. Doch wer kennt nicht auch das Wort von dem Menschen, der nicht vom Brot allein lebt?

Wie beurteilten die kritischen Bürger die Zeit? Mit ihrer Lebenserfahrung sahen sie die Dinge vielleicht anders als die Mehrheit der „Volksgenossen“. Doch sie mussten schweigen, wenn sie nicht im Gefängnis oder im KZ landen wollten.

Trotz dieser bedrohlichen Aussichten hatte es der Maurermeister Beele gewagt, Ratsherren, Beigeordnete und den Stadtvorsteher öffentlich in der Gegenwart anderer Personen durch Äußerungen zu beleidigen. Ein Ratsherr und Belecker Bürger waren Zeugen. Ein Verfahren ist trotz Antrags auf Strafverfolgung bis zum Kriegsende nicht erfolgt. Der Mann hatte wohl die Wahrheit gesagt.

Im laufenden Etat tätigte die Stadt die erste Rücklage für ein geplantes Hitlerjugendheim auf der Külle zwischen dem kleinen Külbenstein und der Wiese von Kroll-Schlüter.

Weil der Bedarf an Bauplätzen ständig zunahm, wurde das Baugebiet Hamacherring konzipiert. Dafür kaufte die Stadt von der Westfälischen Union Land aus dem ehemaligen Besitz Hamacher. Ebenfalls fünfundzwanzig Morgen wurden von Baron Nagel-Doornik als Baugelände erworben. Fünfzig Plätze sollten zur Verfügung gestellt werden. Die Westfälische Heimstätte übernahm die Trägerschaft für die ersten zwanzig Kleinsiedlungen.



*Noch unbebauter Hamacherring*

Da das Wappen der Stadt mit dem heiligen Pankratius nach Meinung der örtlichen NS-Führung keine Beziehung zur Stadt hat, sollte über ein neues Wappen nachgedacht werden.

In Belecke bereitete man sich auf die Tausend-Jahr-Feier vor. Das hatte Vorrang vor anderen Dingen und verlangte von allen Beteiligten viel Arbeit und unermüdlichen Einsatz. Im Ortsbild gab es sichtbare Verbesserungen. Die Oststraße wurde kanalisiert, sie erhielt eine neue Decke und Bürgersteige. Gehwege gab es auch für die Lanferstraße. Der Sellaer wurde an das Wassernetz angeschlossen. Die Vorbereitungen für das große Fest zeigten sich überall.

Wegen der sehr umfangreichen und bereits an mehreren Stellen veröffentlichten Berichte (z. B. in: Praesidium Badulici) soll hier nicht noch einmal erneut darüber geschrieben werden.

Dann war das Fest der Feste in Belecke vorbei. Tausende von Menschen hatten eine überwältigende Kulisse geboten. Selbst Männer, die bereits Soldat

waren, hatten auf Antrag der Stadt Sonderurlaub bekommen.

Langsam kehrte der Alltag zurück. Man ging seiner Arbeit nach. Die „Organisierten“ gingen zum Dienst. Jungen marschierten und sangen ihre Lieder. Oft war ihnen gar nicht bewusst, was sie da sangen. Wenn das Lied vom Sturmsoldaten angekündigt wurde, gab es im Original den Refrain „wenn das Blut heiß durch die Adern rollt, dann geht's noch mal so gut“. Gesungen wurde aber „wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut“. Oder bei einem anderen Lied „Soldaten, Kameraden, hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand“. Die, die das hörten, wollten es nicht wahrnehmen und schüttelten mit dem Kopf. Einige haben sicher auch gedacht: Sie wissen nicht, was sie tun! Man nahm es einfach hin.

Was auffiel, war der Rückgang von öffentlichen Auftritten der männlichen NS-Formationen. Das lag daran, dass jetzt immer mehr junge Männer einge-

gezogen wurden. Die Achtzehnjährigen gingen zum „RAD“ und die Zwanzig- bis Zweiundzwanzigjährigen zu den verschiedenen Truppenteilen der Wehrmacht. Zudem wurde, speziell in den Industriebetrieben, neben der schon üblichen Wechselschicht auch die Nachtschicht zum Dauerzustand. Einem Teil der „Mitläufer“ war dieser Rückgang eine willkommene Gelegenheit, ihre braunen oder schwarzen Uniformen in die hinterste Ecke im Kleiderschrank abzulegen. Kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner wurden die meisten dann verbrannt oder vergraben.

Da die Hitlerjugend neben Schule und Elternhaus die dritte Säule der Erziehungsinstitutionen sein sollte,



*Fähnleinführer Helmut Vollmer (17 J.), Jungzugführer Georg Luig (13 J.), und Jungenschaftsführer Helmut Müller (11 J.)*

wurden verstärkt Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen als Führer oder Führerinnen eingesetzt. Sie sollten in der Regel älter sein als die ihnen anvertrauten Jungen und Mädchen. In Schulungen und externen Führerkursen wollte man ihnen das „Führen von Jugend durch Jugend“ beibringen.

Als äußeres Zeichen durften sie dann bunte Kordeln (Affenschaukeln) oder Streifen und Sterne auf den Schulterklappen oder Uniformen tragen. Diese Zeichen machten aber auch deutlich, wer zu gehorchen hatte und wer befehlen durfte. Bis auf wenige Ausnahmen waren Belecker Jungen und Mädchen die Führer der örtlichen NS-Jugendbewegung.

Die relativ ruhige Zeit des Herbstes wurde im November durch die sogenannte Reichskristallnacht (Judenpogrom) unterbrochen.

War das ein Schock am 9. November 1938! Oder war das in Belecke gar nicht so schlimm? Belecke hatte doch keine Juden.

Junge, von den Kampfzeitschriften „Stürmer“ und „Das schwarze Korps“ aufgehetzte Männer folgten einem Befehl. In sinnloser Wut zerstörten sie das Eigentum der Warsteiner Judenfamilien Kaufmann, Frankenthal, Neuwald und Cohn. Auch Belecker Männer beteiligten sich daran. Offiziell wurde diese Aktion als spontane Antwort und Vergeltung für den von einem Juden in Paris erschossenen deutschen Diplomaten dargestellt. Doch bei dem Einsatz in Warstein waren offensichtlich nur Schläger beteiligt, die höheren Führer blieben bewusst zu Hause.

Dazu ein Bericht von 9. November 1938:

„Welch eine Aufregung im Haus! Papa schimpfte und sprach von Verbrechen. In Warstein hatte man bei den Juden Kaufmann, Cohn und anderen in der Nacht Türen und Fenster zerschlagen, die Möbel aus dem zweiten Stock geworfen, das Eingemachte aus den Kellern geholt und die Einmachgläser auf den Möbeln zertrümmert.

Mama weinte bitterlich, sie hatte erfahren, dass ihren jüdischen Bekannten und guten Freunden in Köln Ähnliches passiert war. „Papa, warum tut man das?“ wollte ich wissen. „Junge sei still!“, war seine einzige Antwort. Mein Bruder nahm mich zur Seite und erzählte mir, das sei den Judenfamilien passiert, weil der Führer sie bestrafen wolle. Wenn ich älter

sei, würde er mir das alles mal erklären.

Mama und Papa mussten sich am Abend noch einmal aufregen, denn Klärchen aus der Nachbarschaft kam zu uns und erzählte: „Bei dem Theater heute nacht in Warstein waren auch SS- und SA-Leute aus Belecke dabei.“ Die Namen flüsterte sie so leise, dass ich sie nicht verstehen konnte - oder nicht verstehen sollte.“

Wie reagierten die örtliche NSDAP und die Belecker Bürger? Gab es etwa spontane Massenausritte? Nein! - Von einer Rückgabe der Parteibücher ist nachweislich nichts bekannt geworden.

Betroffenheit und Mitleid waren zu spüren. So manche Frau und auch mancher Mann erinnerten sich jetzt wohl an die Lieder der Hitlerjungen und an den Belecker Karnevalsumzug mit dem „Juden Itzig“, dem den Bildern aus dem „Schwarzen Korps“ nachgemachten Bauchwarenhändler, dem damals Kinder hinterherliefen und sangen „Jude Itzig, Nase spitzig, Augen eckig, Arschloch dreckig“.

Unter diesen unerträglichen Umständen bemühten sich die letzten Juden um Auswanderungsmöglichkeiten.

Nach dieser „Reichskristallnacht“ verließen im Laufe des Jahres 1939 die letzten vierzehn Juden Warstein. Zwölf davon wanderten aus, am 21. Februar Kurt Josef Neuwald, am 3. Juni fünf Angehörige der Familie Cohn, am 8. Juli zwei Angehörige der Familie Frankenthal und am 29. Juli vier Angehörige der Familie Kaufmann. Nach Kriegsbeginn verzogen am 16.09.1939 Sarah Gonsenhauer nach Köln und zwei Tage später Beate Kaufmann nach Aschaffenburg (Jahresbericht des Amtes Warstein). Der genannte Bericht schließt mit den Worten: „Seitdem ist das Amt frei von Juden.“

Weihnachten und die Jahreswende 1938/39 waren für viele Jahre die letzten friedlichen Festtage.

Die Vorgänge zu Pfingsten am 29. Mai 1939 in Warstein ließen - trotz des Verbotes führte die Junggesellschützenbruderschaft bei der Prozession ihre Fahnen mit; die Träger wurden vorübergehend verhaftet - auch für Belecke nichts Gutes ahnen. Durch den Erlass des Innenministers war angeordnet worden, an welchen Gebäuden die Kirchenflagge gesetzt werden durfte. Es kamen in Frage:



„(...) Kirchengebäude und Gebäude, in denen sich Räume einer kirchlichen Dienststelle befinden. Jede Ausschmückung von anderen Gebäuden, von Straßen, Plätzen, freistehenden Masten, Prozessionsaltären usw. mit Kirchenfahnen oder mit Kirchenfarben, die in ihrer Anordnung und Zusammenstellung die Kirchenfarben wiedergeben, ist verboten, gleiches gilt für das Zeigen von Kirchenfahnen oder bezeichneten Kirchenfarben bei Prozessionen und sonstigen Veranstaltungen außerhalb des Kirchengeländes.“

Hierzu ordnete der Landrat von Arnsberg am 25. Mai desweiteren an:

„Aus verkehrspolizeilichen Gründen dürfen Prozessionen und Wallfahrten die Reichsstraßen und Hauptverkehrsstraßen des Kreises nicht mehr begehen. In besonderen Fällen bedarf es einer Ausnahmegenehmigung.“

Durch die Warsteiner Ereignisse und die daraus resultierenden Folgen wurde das kirchliche Leben in der Öffentlichkeit erheblich eingeschränkt. (Konfessionellen Verbänden waren öffentliche Aufmärsche, Kundgebungen und das Tragen von Bundestracht bei nicht rein kirchlichen Veranstaltungen untersagt.)

In der Belecker Ratssitzung vom 16. Juni wurde neben anderen Punkten der vorgelegte Entwurf für das neue Stadtwappen bewertet. Er zeigte das Bildnis Heinrich II, nach dem das Kaiser Heinrich Bad benannt war. Die von dem Kunstmaler Malek gestaltete Vorlage lehnte man ab. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Das Thema „neues Stadtwappen“ war damit entschieden.

Zum Sommer standen Reparaturen am Freibad an. So wie die Ostseite, sollten später auch die übrigen noch schrägen Wände senkrechte Betonmauern erhalten.

Die Lanferstraße wurde neu kanalisiert und die Anwohner des Kallerwegs aus dem Hochbehälter „Rabenknapp“ sicher mit Wasser versorgt.

In Belecke herrschte im Vergleich zum Vorjahr eine andere Stimmung unter den Bürgern. Die außenpolitischen Ereignisse wurden intensiv durch die Zeitungen und den Rundfunk thematisiert, dazu das Unrecht des Versailler Vertrages, Rückgabe der

Kolonien, Volk ohne Raum, Lebensraum im Osten und der Hass auf den angeblich von Juden beherrschten Imperialismus. All diese Schlagworte wirkten täglich durch die Presse und den Rundfunk auf die



*Sudetenkrise, besorgt nehmen die Soldaten, unter ihnen Josef Rubarth (4.v.r.), die Alarmbereitschaft zur Kenntnis.*

Bevölkerung ein, die auf den Krieg vorbereitet werden sollte.

Hatte das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 mit der Übergabe des Sudetenlandes noch einen Hoffnungsschimmer auf die Erhaltung des Friedens gelassen, so war mit der Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939 jede Hoffnung dahin. Der Schlusspunkt wurde gesetzt durch den Nichtangriffspakt mit Russland am 23. 08. 1939. Hitler wollte den Krieg und er bekam ihn. Jetzt war der Weg für ihn frei.

## Die Zeit vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945

Am 1. September wurde der bereits seit 1934 bestehende Luftschutz wieder aktiviert. Jetzt war der Ernstfall eingetreten. Neben den durch Sirenen angekündigten Probealarmen musste die Verdunkelung täglich vom Einsetzen der Dunkelheit bis zum Hellwerden durchgeführt werden. Die totale Mobilmachung war überall spürbar. Am 3. September wurde der Arbeitsdienst auch für Mädchen zur Pflicht. Der männliche Jahrgang 1920 und 1921

hatte sich zur Dienstpflichterschaffung und Musterung zu melden. Für die Jungen und Mädchen ab zehn Jahren wurde ebenfalls die Dienstpflicht im Jungvolk und bei den Jungmädern verkündet und von 1940 an praktiziert. Nur in Ausnahmefällen konnte auf Antrag bei der Hitlerjugend eine Befreiung erfolgen.

Gemäß der Kriegswirtschaftsordnung vom 9. September wurde bestimmt, dass bisher gezahlte Lohnzuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nicht mehr an den Arbeitnehmer ausbezahlt werden durften. Diese Zulagen führte der Arbeitgeber direkt an das Reich ab. Als finanzielle Hilfe für das Reich zahlte die Stadt vom September 1939 bis einschließlich März 1940 genau 16.787 RM.

Nach dem Polenfeldzug unterstützten die ersten Kriegsgefangenen und aus den besetzten Gebieten verschleppte Männer und Frauen die hiesigen bäuerlichen Betriebe.

Die Industrie musste wehrpflichtige Arbeitskräfte abgeben. Ältere Männer sowie Frauen und Mädchen ersetzten sie. Besonders qualifizierte Mitarbeiter im Rüstungsbetrieb Siepman-Werke konnten zeitlich begrenzt zurückgestellt werden.

Der SS-Gruppenführer Heydrich gründete den „Volksmeldedienst“. Der Sicherheitsdienst (SD) und die Sicherheitspolizei wurden zuständig für die Volksfeind- und Sabotagebekämpfung, die Verbrechenverfolgung und Spionageabwehr. Auf dieser Basis entstand speziell in den Rüstungsbetrieben - also auch bei den Siepman-Werken - der Werkschutz.

In achtzehn Tagen war der Polenfeldzug beendet. Im Rundfunk gab es Sondermeldungen, die nach einer Siegesfanfare verlesen wurden. Der Lehrer der Oberklassen Georg Lazarus verkündete in bewegten Worten „Kinder, der Führer hat uns unsere geliebte Heimat wiedergegeben.“

Zum Jahreswechsel 1939/40 hatte Beleck

2.057 Einwohner, 462 Haushaltungen und 33 landwirtschaftliche Betriebe. Katholisch waren 1.897, evangelisch 61, sich anders christlich bekennend acht und gottgläubig 42 Bürger. Und das schönste Weihnachtsgeschenk 1939 war: Alle Beleck Soldaten lebten noch!

Gleich zum Beginn des neuen Jahres wurden ca. 1.000 Mann der 217. Ostpreußischen Infanteriedivision in Beleck und Umgebung einquartiert.



*Aufmarsch auf dem alten, noch nicht aufgefüllten Marktplatz*

Einige der Soldaten haben während dieser Zeit ihre späteren Frauen gefunden, andere sind nach dem Krieg nach Belecke zurückgekommen und hier sesshaft geworden.

Für den Wehrdienst gemustert wurden jetzt die Männer der älteren Jahrgänge 1900 bis 1909 und die gerade 18- bis 19-Jährigen der Jahrgänge 1921 und 1922. Alle Männer von 18 bis 45 Jahren, die noch nicht im Heer gedient hatten, mussten sich zur vormilitärischen Wehrerziehung melden.

Für eine Stützmauer längs der Wester zum Markt- platz hin erwirkte die Stadt eine Genehmigung. Der tief liegende Platz sollte mit dem Erdaushub einer neuen Siepman-Halle und dem des unterirdischen Bunkers unter dem Seller aufgefüllt werden.

Nach dem Frankreichfeldzug vom 10. Mai bis zum 22. Juni 1940 kamen 200 französische Kriegsgefangene nach Belecke. Die Mannschaftsgrade fanden Quartier in der Schützenhalle, Offiziere im Hotel Cruse oder in der Pension Müller, Weststraße. Sie arbeiteten in der Rüstung bei den Siepman- Werken, aber auch in bäuerlichen Betrieben. Gegenüber den Soldaten in der bewachten Unterkunft konnten die Offiziere sich in Belecke frei bewegen.

Bei der Besetzung Norwegens im April starben die beiden ersten Belecker Soldaten.

Nach regenreicher Witterung konnte die Ernte mit Hilfe der polnischen und französischen Kriegsgefangenen eingebracht werden.

In einem Brief vom Juli des Jahres an den Reichsminister des Innern Wilhelm Frick protestierte der württembergische Landesbischof Theophil Wurm gegen mehrere Fälle von durchgeführter Euthanasie. Er hob in seinem Brief hervor, dass sich unter den Opfern auch Kriegsversehrte aus dem Ersten Weltkrieg befänden. Weitere Proteste anderer evangelischer und katholischer Theologen sowie der Justiz bewirkten aber keinen Stopp der seit Ende 1939 durchgeführten „Sterbehilfe“. Sie lief unter „vollständiger Geheimhaltung“ und entbehrte jeder gesetzlichen Grundlage. Diese Aktion wurde nach der Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße Nr. 4 die „Aktion T4“ genannt. In den nächsten Jahren musste die Bevölkerung der Stadt erfahren, dass man diese Aktion auch in ihren Krankenanstalten

durchführte.

Hier die historischen Fakten und die politischen Hintergründe:

Hitler war ein Verfechter der Euthanasie, nicht ihr Erfinder. Die ursprüngliche Bedeutung des aus dem Griechischen stammenden Wortes Euthanasie ist „schöner Tod“ in Sinne von „dem Menschen das Sterben erleichtern“. Hitler jedoch meinte damit die Beseitigung des kranken, des nicht funktionierenden, des nicht heilbaren, des „unwerten“ Menschen.

Schon auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP im Jahre 1929 machte Hitler in seiner Schlussrede folgende Rechnung auf: Wenn in Deutschland jährlich eine Million Kinder geboren und gleichzeitig siebenzig- bis achtzigtausend der Schwächsten von ihnen beseitigt (!) würden, sei das im Endergebnis immer noch eine Kräftesteigerung.

In diesem Zusammenhang muss auch an das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erinnert werden, eines der ersten Zwangs- und Unrechtsgesetze des NS-Systems. An anderer Stelle gibt ein Beispiel aus Belecke durch ein Schreiben des Erbgesundheitsgerichtes davon Kunde.

Ende Oktober 1939, nach Beendigung des Polenfeldzuges, hielt Hitler die Zeit für gekommen, seine Euthanasie-Pläne in die Tat umzusetzen. Es erging folgender Führer-Erlass, der auf den 1.09.1939, den Tag des Kriegsbeginns, zurückdatiert wurde:

„Reichsleiter Bruhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“

Das Recht zu leben sollte von der Brauchbarkeit des Menschen abhängig sein. In dem Erlass war sicher nicht eindeutig von Geisteskranken die Rede, sondern von unheilbar Kranken. Lebensunwertes Leben, wie weit man diesen Begriff auch immer ausdehnen kann (auch auf politische Gegner!), kostet den Staat Geld für Pflege und Unterhalt und war deshalb zur Vernichtung freigegeben.

Der Führer-Erlass wurde streng geheim gehalten. Seine Auswirkungen konnte man jedoch bald sehen.

Nach Runderlass des Reichsministers vom 21. September 1939 wurden alle Pflegeanstalten verpflichtet, sämtliche Patienten, die an Schizophrenie, Epilepsie, senilen Erkrankungen oder Schwachsinn litten, auf Meldebögen der „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ zu erfassen. Juden, Zigeunern sowie Patienten, die sich seit mehr als fünf Jahren in einer Anstalt befanden, galt das besondere Augenmerk. Die Menschen wurden von der eigens dafür eingerichteten „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“ in die Vernichtungsanstalten gebracht und dort vergast. (Chronik-Verlag, Gütersloh/München, Juli 1940)

Wir wollen an dieser Stelle anfügen, was bei der „Aktion T4“ unmittelbar vor unserer Haustür in Warstein geschah.

## Die Warsteiner Heilanstalt wird geräumt - müssen die Kranken sterben?

Im Sommer 1941 verbreitete sich eine böse Nachricht in den Orten rund um die Heilanstalt Warstein: Die Kranken würden verlegt, und dabei befürchtete man, sie würden umgebracht.

Am 20.09.1940 transportierte man siebzehn Juden aus den Warsteiner Kliniken ab und verlegte sie in jüdische Sammellager zwecks „weiterer Behandlung“. Diese Maßnahme erregte in der Öffentlichkeit kein Aufsehen. Die Isolierung fremdrassiger Menschen wurde in Deutschland seit Jahren praktiziert.

Nach Beginn des Russlandfeldzuges am 22.06.1941 erfolgte vom 27. Juni bis zum 14. August d. J. der Abtransport von 902 Kranken aus der Heilanstalt Warstein. Nach Zwischenstationen war die Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg an der Lahn das Ziel.

Ein im Keller dieser Anstalt gelegener Raum wurde als Gaskammer hergerichtet und zur Täuschung wie ein Duschaum ausgestattet und gekachelte. In den Laborräumen schuf man Aufnahme- und Umkleidemöglichkeiten. Auch ein Verbrennungsofen war installiert.

Auch ein alter Belecker wurde von Warstein verlegt. Zwar war der alte Herr etwas wirr im Kopf, aber dennoch in der Lage, jede Woche einmal den Weg

von Warstein nach Belecke unter'm Stillenberg entlang allein zu gehen, einen Blick auf das eigene Haus zu werfen und sich zurück nach Warstein zu begeben. Aber er war arbeitsunfähig und wurde abtransportiert.

Nach Wochen erhielt die Familie die Trauerbotschaft, dass er plötzlich an Lungenentzündung gestorben sei. Wegen Seuchengefahr sei die sofortige Einäscherung des Toten notwendig geworden. Auf Antrag könne die Urne mit den sterblichen Überresten des Verstorbenen übersandt werden.

Allmählich sickerte die Wahrheit über die Aktion durch. Angst machte sich breit, vor allem bei alten Menschen, die befürchteten „nach den Schwachsinnigen kommen die Alten und Kranken als unnütze Esser an die Reihe“.

In Warstein beobachtete man den Abtransport per Eisenbahn. Größtenteils wurden die Waggons auf dem Anschlussgleis der Klinik belegt und an einen Regelzug angehängt. Die Vermutung in Belecke, die Kranken würden mit den zurückfahrenden Lazarettzügen weggebracht, die ja sonst leer blieben, war wohl unwahrscheinlich. Der Grund für diese Vermutung waren die verhängten Fenster der langen Lazarettzüge auf ihrer Rückfahrt.

Die Frage drängt sich auf: Hat denn niemand protestiert? Hat niemand etwas zur Rettung der Kranken unternommen? - Doch, auch das geschah!

Aus der Vielzahl der Protestierenden, vor allem aus den beiden großen christlichen Kirchen, sei zum einen der Bischof von Limburg erwähnt, der in dieser Angelegenheit im August 1941 an den Reichsminister für Justiz eine Beschwerde sandte. Zum anderen wurde die öffentliche Predigt des Bischofs von Münster Clemens Graf von Galen am 3.08.1941 in der Lambertikirche zu Münster bekannt, in der er die Euthanasie geißelte. Am 28.07. hatte er bereits Anzeige bei den Behörden erstattet, wobei er auch achthundert deportierte Kranke aus Warstein erwähnte. Schon am 20.07. hatte er bei der Provinz Westfalen als Träger der Landeskrankenhäuser Einspruch erhoben gegen den Abtransport Kranker aus der Heilanstalt Münster-Marienthal.

Es wurde berichtet, dass die Gestapo den Bischof nach seiner Predigt am 3.08.1941 inhaftieren wollte.

Dieser bat die Gestapo-Männer um eine Viertelstunde Aufschub, die er nutzte, um seine volle Bischofsamtstracht anzulegen. Als er so vor die NS-Männer trat, bereit zum Mitgehen, verzichteten diese. Sie befürchteten einen Aufstand, einen Aufbruch der katholischen Bevölkerung des Münsterlandes, wenn sie ihren Bischof so gekleidet in dem berühmten schwarzen Gestapo-Mercedes sähe.

Auf vielfachen Protest kirchlicher Vertreter und aufgrund des Berichts der Behörden über den öffentlichen Unmut der Bevölkerung gab Hitler Ende August den mündlichen Befehl, die Euthanasie-Aktion zu stoppen. Dennoch ging die „wilde Euthanasie“ bis zum Kriegsende weiter. (Siehe hierzu den noch folgenden Beitrag „Warum schwieg die Kirche zur Euthanasie?“)

Die Tötung wurde fortgesetzt durch die Vernachlässigung der Pflege, durch Nahrungsentzug bis zum Verhungern, durch Überdosierung von Medikamenten, meistens in Form von Spritzen.

Aus Warstein transportierte man am 26.07.1943 in einer weiteren Aktion 640 Kranke ab. Diese Massendeportation war angeblich notwendig, um Platz zu schaffen für die „Lungenheilstätte Stillenberg“.

Es ist zu befürchten, dass von den insgesamt 1.559 aus Warstein verlegten Kranken (17 am 20. 09. 1940, dann 902 zwischen dem 27. 06. und dem 14. 08. 1941, dazu diese 640 Kranken) nur wenige das Kriegsende überlebt haben. Genaue Erkenntnisse fehlen leider.

Was tat man in Warstein, um die von Mord bedrohten Menschen zu retten?

Grundsätzlich waren die Abtransporte nicht zu stoppen, man konnte nur versuchen, möglichst viele Kranke zu retten - und das tat man auch.

Ein Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Münster im August 1948 bestätigte dem Warsteiner Anstaltsleiter Dr. Petermann, dass er durch Fälschung der Diagnosen, z. B. „arbeitsfähig“ oder „nicht unheilbar krank“ ca. dreißig Prozent der Kranken von der Verschickungsliste streichen ließ und vor dem Tode rettete. Im Allgemeinen kamen nur fünf Prozent heil davon.

Nachdem die Absicht der Verlegung bekannt wurde, nämlich „Tötung dieses unwerten Lebens“, setzte in

Warstein eine fieberhafte Tätigkeit ein, Kranke zu retten. Angehörige wurden aufgefordert, ihre Kranken nach Hause zu holen. Ärzte, Pfleger, der Anstaltsgeistliche, Krankenschwestern und Nonnen schrieben Hunderte von Briefen zu diesem Zwecke. Die Resonanz war allerdings enttäuschend. Nur wenige Familien holten ihre Angehörigen heim, weil ihnen die Möglichkeit und das Können der Betreuung fehlten.

Manche leicht Erkrankte wurden von der Anstaltsleitung einfach nach Hause geschickt. Viele kamen in katholischen Ordens- und Krankenhäusern unter; andere wurden als arbeitsfähig eingestuft und fanden Arbeit auf großen Gutshöfen oder kleinen Bauernhöfen, wo sie auch noch nach dem Untergang des Dritten Reiches nützliche Arbeit verrichteten. Ein Teil arbeitete in den Kolonnen der Anstalt, die Feld- oder Straßenbauarbeiten durchführten. Sie waren das Brot, das sie aßen, durchaus wert. Auch bei vier Belecker Bauern leisteten solche angeblich unnützen Menschen ihre treuen Dienste und überlebten so den Terror der Euthanasie.

Alle die geretteten Menschen, wenn es auch im Verhältnis zu den zigtausend Ermordeten nur wenige sind, künden von Lichtblicken in einer finsternen Zeit.

Die Infos zu diesem Artikel wurden hauptsächlich dem Büchlein „Euthanasie - Dokumentation einer Fortbildungsreihe in der Westfälischen Klinik für Psychiatrie in Warstein“ entnommen.

Wie die Nazis „unwertes Leben“ oder Menschen mit ihrer Meinung nach „minderwertigem Erbgut“ behandelten, kann uns das originalgetreue Schreiben des Erbgesundheitsgerichtes Arnsberg zeigen. Die persönlichen Angaben wurden weggelassen.

Warum das Schreiben so eilte, lag in der Tatsache begründet, dass der Mann heiraten wollte. Er hat auch geheiratet, in Belecke gewohnt und ist Vater zweier Kinder geworden. Er selbst war als fleißiger Arbeiter bekannt, der oft in der Nachbarschaft und auch in der Kirchengemeinde aushalf. Er war auch ein guter Fußballspieler.

In jenen Jahren wurde natürlich über viele andere Namen getuschelt, denen man die Heiraterlaubnis wegen fehlender Intelligenz verweigern wollte.

Bei allen Zuschriften anzugeben.  
Vertraulich! Eilt sehr!

An  
Die Volksschule  
in  
Belecke Kreis Arnberg.

Das Erbgesundheitsgericht Arnberg hat zu prüfen, **obder**  
**Hilfsarbeiter XXXXXX XXXXXX aus Belecke**  
geboren am **XX.XX.XX in Belecke Kreis Arnberg** wohnhaft in  
**Belecke, XXXXXXXXXXXXX** an einer Erbkrankheit ( **angeborenem**  
**Schwachsinn** ) im Sinne des § 1 des Gesetzes zur  
Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.Juli 1933 (RGBl.I.S.529)  
leidet.

Da die genannte Person dort Unterricht erhalten haben soll, wird gemäss § 7 Abs.Ds.Ges. ersucht, die dortigen Beobachtungen und Erfahrungen soweit sie für die Beurteilung des Leidens von Bedeutung sein könnten, möglichst genau zu schildern.

Es wird gebeten, besonders folgende Fragen zu beantworten:

- 1.)Wie ist
  - a)die Leistung in den für die Entwicklung des Denk-und Urteilsvermögens wichtigen Schulfächern,
  - b)die Führung (Betragen,Fleiss,Ordnung,Aufmerksamkeit) beurteilt worden?
- 2.)Wie war das Wesen, das Temperament und der Charakter **des** Schülers ? Galt er --s-ie - als schwachsinnig?
- 3,)Ist die Schule häufig versäumt worden,wenn ja aus welchen Gründen?
- 4.)Ist **der** Genannte einmal oder mehrfach nicht versetzt worden, wenn ja in welchen Schuljahren?  
Worauf ist dies zurückzuführen (geringe Begabung,geringer Fleiss,Krankheit,Schulversäumnis, mangelhafte häusliche Betreuung)?
- 5.)Sind dort Tatsachen dafür bekannt geworden, dass ein etwa festgestellter Schwachsinn nicht angeboren, sondern durch irgendwelche (nähere Angabe!) äussere Einwirkungen erst nachträglich verursacht ist?
- 6.)Wie sind die Schulleistungen der Geschwister?

Um Beifügung des Schüler-u.Personalbogens und einer Abschrift des letzten Zeugnisses wird ersucht .

Die an dem Verfahren beteiligten Personen sind nach der Strafbestimmung des§ 15 a.a.O. zur Verschwiegenheit verpflichtet .

Um umgehende Erledigung des Ersuchens wird besonders gebeten .

gez .Prange .  
Oberamtsrichter .

Beglaubigt :  
Justizsekretär .

Auch von Sterilisation war die Rede. Gott sei Dank ist in all diesen Fällen nichts geschehen, und die Würde dieser Menschen blieb gewahrt.

Nach Protesten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen und anderer Bischöfe und Kardinäle bei der Reichsregierung in Berlin stellte die NS-Führung ihre „Aktion T4“ vorläufig ein. (Seit Beginn der Aktion im September 1939 wurden bis August 1941 insgesamt schon 70.273 Menschen in sechs Anstalten getötet.) Nach kurzer Unterbrechung führten die Nazis die Mordaktion, unter der Anweisung äußerster Geheimhaltung weiter.

## Warum schwieg die Kirche zur Euthanasie? Schwieg sie wirklich?

Diese Frage wurde immer wieder gestellt, seit sich die Gräueltaten der Menschenvernichtung nach dem Krieg offenbarten.

### Ein Versuch zur Erklärung.

Der Ursprung des staatlich organisierten Massenmordes ging auf den Tag des Kriegsausbruchs zurück. An diesem Datum, dem 1. 09. 1939, unterzeichnete Hitler die Ermächtigung, psychisch und geistig Kranke umzubringen. In sechs ehemaligen Heilanstalten, dann zu Tötungsanstalten umgebaut und umfunktionierte, wurden rund 100.000 Kranke getötet, indem man sie anfangs massenweise vergaste. Später, vor allem nach Protesten der Kirchen, hier sei besonders an die drei öffentlichen Predigten des Kardinals von Galen in der Lambertikirche in Münster erinnert, wurden die Kranken einzeln und unauffällig umgebracht durch Spritzen, übermäßige Medikamentengaben und durch Nahrungsentzug.

Während man aber auf der einen Seite die Euthanasie einschränkte, perfektionierte, ja industrialisierte man hinter der Front im Osten den Massenmord an Juden, Nichtariern und Nazigegegnern.

Papst Pius XII schwieg offiziell, d.h. in der Öffentlichkeit zu diesen Verbrechen, die er kannte. Er war

überzeugt, dass eine öffentliche Verurteilung des Naziregimes nicht einen einzigen Schuss aus den Mordwaffen aufhalten konnte, keinen Juden und keinen Nichtarier vor dem Getötetwerden zu retten vermochte.

Andererseits befürchtete er, dass Wut und Vernichtungswille der Nazis sich nach päpstlichem Einspruch noch steigern und auf die deutschen Katholiken auswirken könnte.

Zwischen Nazi-Deutschland und der katholischen Kirche bestand ein Vertrag. Schon Anfang 1933 hatte der Hitlerstaat dem Heiligen Stuhl in Rom ein Konkordat angeboten, einen Vertrag zwischen Kirche und Staat, der Rechte und Pflichten und Grenzen des gegenseitigen Einflusses regelte. Die Verhandlungen oblagen dem damaligen Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII, Pacelli war zwölf Jahre lang, von 1917 bis 1929 apostolischer Nuntius (Botschafter) des Vatikanstaates in Deutschland gewesen, erst in München, dann in Berlin. Am 20. Juli 1933 unterzeichneten Eugenio Pacelli als Kardinalstaatssekretär und Franz von Papen als Vertreter der deutschen Regierung das Konkordat.

Obwohl Rom die antikirchliche Haltung der Nazis kannte, ja man muss sagen, weil Rom die Einstellung kannte, stimmte die Kirche dem Abschluss zu, um die Rechte und Ansprüche der katholischen Kirche mit 40 Millionen Gläubigen in Deutschland dem Staat gegenüber zu sichern. Die Nazis machten beachtliche Zugeständnisse an die katholische Kirche in Deutschland, die ihre seelsorgerischen, schulischen und sozialen Einrichtungen in eigener Regie weiter betreiben durften - zumindest vorläufig -, während allorten die Zerschlagung freier Vereine und Verbände und die Gleichschaltung z. B. der freien Presse und des Rundfunks radikal durchgeführt wurden. Als Gegenleistung nahm die katholische Kirche ihre politische Entmündigung in Kauf. Die Priester, Ordensleute, die kirchliche Obrigkeit, also die Bischöfe, waren in ihren Tätigkeiten sozusagen auf die Sakristei, den Sozialdienst und die Seelsorge eingeeengt. Jede politische Betätigung, jede politische Äußerung auf der Kanzel war ihnen untersagt. Zuwiderhandlungen wurden bestraft

(siehe Vikar van den Hövel in Belecke). Bischof konnte nur werden, wer die Zustimmung der Nazis erhielt.

Leider hat sich die überwiegende Mehrheit der katholischen Geistlichen und des Episkopats in Deutschland an die Abmachung gehalten und zu Missständen oder gar Verbrechen des Naziregimes geschwiegen. Umgekehrt haben die Nazis trotz des Konkordats ihre Abmachungen sehr bald gebrochen und vor dem Verbot und der Zerschlagung der katholischen Gemeinschaften nicht zurückgeschreckt. So wurde beispielsweise trotz Zusicherung im Konkordat die katholische Bekenntnisschule im Jahre 1937 abgeschafft.

Ein Vertragsbruch seitens der Nazis folgte dem anderen. Rom, Papst Pius XII, erwog die öffentliche Aufkündigung des Konkordats, um ein Zeichen zu setzen; aber die deutschen Bischöfe waren dagegen, weil sie neue Drangsalierungen verhindern wollten. 55 Protestnoten aus dem Vatikan gegen unberechtigte Übergriffe in kirchliche Angelegenheiten blieben ohne jede Wirkung, sogar ohne Reaktion. Gegen die Macht des totalitären Staates versagte die Kraft des Wortes.

Es darf aber nicht vergessen werden, um die anfangs aufgeworfene Frage wieder aufzugreifen, dass in den Kriegsjahren Klöster, katholische Krankenhäuser und auch der Vatikan vieles getan und bedrohte Menschen in ihren Gebäuden versteckt haben, um sie dadurch vor einem gewaltsamen Tode zu retten.

Wenn wir unter dem Stichwort „Reichskristallnacht“ berichten mussten, dass als Reaktion auf diese Verbrechen von Rückgabe der Parteibücher oder Austritten aus der Partei in Belecke uns nichts bekannt geworden ist, wissen wir doch von der Betroffenheit und Empörung vieler Belecker. Die Skepsis gegenüber dem Regime wuchs besonders nach Beginn des Krieges und nach Durchsickern der Massendeportationen von Juden in die KZs und der „Euthanasie“ an kranken Menschen.

Der Partei blieb die Stimmung im Volke nicht verborgen, und sie reagierte nun ihrerseits, indem sie Parteimitglieder wegen „Interessenlosigkeit und parteischädigenden Verhaltens“ aus der Partei aus-

schloss. Uns sind aus Belecke mehrere Fälle des Parteiausschlusses bekannt. Das folgende Schreiben zeigt die Vorgehensweise und die Begründung für eine solche Maßnahme. Wir wissen auch, dass die Ausgeschlossenen noch erheblichem Druck seitens der NSDAP ausgesetzt waren und zum Teil Einschränkungen beruflicher Art hinnehmen mussten. (siehe Dokument Parteiausschluss, Folgeseite)

Kommen wir zurück zu unserem Gang durch die politische Geschichte Beleckes. Das zweite Kriegsjahr ging zu Ende. Bisher waren von der Front nur Siege zu vermelden gewesen. Was brachte das neue Jahr 1941?

Die Siepman-Werke feierten ihr 50-jähriges Bestehen. Dazu wurden in einer Feierstunde am 18. Februar 1941 durch den Gauobmann Stein Jubilare für 50- und 40-jährige Betriebstreue geehrt. Am Tag darauf war dann die offizielle Feier. Der stellvertretende Gauleiter Vetter, Gauobmann Stein, Kreisleiter Feige und der Kreisobmann Stiller sprachen ihre Glückwünsche aus. Der Gau Westfalen-Süd spendete 100.000 RM für den Wohnungsbau nach dem Kriege und die Errichtung einer Lehrwerkstatt im Wester-Werk.

Am 9. März wurde die „Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend“ erlassen. Die einzelnen Punkte ordneten für die Jugendlichen bis 18 Jahre an:

1. Fernhalten von öffentlichen Straßen und Plätzen während der Dunkelheit.
2. Fernhalten aus öffentlichen Lokalen.
3. Fernhalten aus öffentlichen Lichtspieltheatern sowie Varieté- und Kabarettvorstellungen.
4. Verbot des Alkoholgenusses.
5. Verbot des öffentlichen Rauchens.
6. Fernhalten von öffentlichen Tanzlustbarkeiten.
7. Fernhalten von öffentlichen Schieß- und Spieleinrichtungen.

Am 22. Juni 1941 begann der Russlandfeldzug. Mit dem schnellen Vormarsch der deutschen Truppen in Russland kamen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus den eroberten Gebieten nach Belecke. Dabei fiel auf, dass nur wenige kriegsgefangene russische Soldaten im Rüstungsbetrieb der Siepman-Werke zum Einsatz kamen. Überwiegend



# Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau

Westfalen-Süd

Sitz der Gauleitung:  
Bochum, Wilhelmstraße 15/17  
Fernsprech-Anschluß: 63401/07



Die Zeitung des Gaues:  
„Westfälische Landeszeitung — Rote Erde“  
Redaktion u. Geschäftsstelle: Dortmund, Reinholdstr. 19  
Fernsprech-S.-Nr. 30441

Kreis: Arnsberg  
Ortsgr.: Belecke-Möhne

Belecke, den 15.9.1943

Ihre Zeichen:                      Ihre Nachricht:  
Betreff:                     

Herrn                     

(Bei Antwortschreiben unbedingt anfüllen!)

Unser Zeichen: Der Ortsgruppenleiter.

B e l e c k e - M ö h n e

Das von Ihnen am 9.9.43 an die Kreisleitung der NSDAP in Arnsberg gerichtete Schreiben wurde ~~von~~ mir zur Stellungnahme zugeleitet mit der gleichzeitigen Aufforderung, Ihnen die Gründe für Ihre Entlassung aus der NSDAP bekannt zu geben.

Laut einer Anweisung des Gauleiters sind die Ortsgruppen verpflichtet, Parteigenossen, die sich nicht aktiv beteiligen, zwecks Entlassung aus der Partei zu melden. Ich habe diese Anordnung in den Mitgliederversammlungen bekanntgegeben und dabei erklärt, daß unter aktive Betätigung mindestens der Besuch der Versammlungen und Veranstaltungen der Partei zu verstehen sei. Die Anwesenheitslisten lassen Ihre Beteiligung an diesen Veranstaltungen seit Jahren jedoch vermissen.

Wenn Sie nun als Entschuldigung zu viel Arbeit vorschützen, so wird nicht verkannt, daß Sie selbstverständlich als                      sehr stark in Anspruch genommen sind. Andererseits wird von den Parteigenossen aber auch wieder mit Recht behauptet, daß die Freizeit doch noch immer wieder für den Besuch des wöchentlichen Kegelabends, für Skatstunden und für Ausübung der Jagd gereicht hat. Mitgliederversammlungen haben aber schon im Interesse der durchweg schwer arbeitenden Parteigenossen so wenige stattgefunden, daß diese Freizeit für die wenigen Stunden möglich gewesen wäre. Auch bezgl. der Erledigung der schriftlichen Arbeiten haben Sie s.Zt. bei der Festlegung des Arbeitseinsatzes dem Arbeitsamt gegenüber erklärt, daß Ihre Frau diese schriftlichen Arbeiten erledigte.

Ich habe also gemäß der Anordnung des Gauleiters die pflichtgemäße Meldung gegeben, nach der das Kreisgericht die Entlassung verfügt hat. Da die Entlassung aus der Partei an und für sich keine Bestrafung bedeutet, ist gegen dieselbe ein Beschwerderecht nicht gegeben.

Heil Hitler!



Obergemeinschaftsleiter

Du. Kreisleiter der NSDAP.

Parteiausschluß eines Belecker Bürgers

junge Frauen und junge Männer mussten hier arbeiten. Für sie wurden in der Flur Besenberg Baracken gebaut. Die Betreuung im Werk oblag den Männern der DAF und des Werkschutzes.

Die neue Firma Schweißwerke Siepman GmbH nahm im Wester-Werk die Produktion auf. Parallel dazu wurde der Ausbau der neuen Lehrwerkstatt vorangetrieben. Die Siepman-Werke hatten zu der Zeit 1.000 Mitarbeiter.

Vier Belecker Männer hatten als Soldaten in diesem Jahr 1941 ihr Leben lassen müssen.

Im April 1942 war die Lehrwerkstatt der Siepman-Werke fertig. Erstmals konnte ein Lehrjahr geschlossen die Ausbildung beginnen. Neben dem Leiter Erich Schroer waren Meister und Lehrgesellen bemüht, den Jungen „etwas beizubringen“. Das

Ergebnis zeigte sich bald. Nach einer verkürzten Lehrzeit auf 2 ¼ Jahre schloss dieser Jahrgang mit hervorragenden Prüfungsergebnissen seine Ausbildung ab. Im Rahmen des Reichsberufswettkampfes wurden einige Jungen und Mädchen Kreissieger und nahmen an den Gauwettkämpfen in Siegen teil. Der Jahre später als Ausbildungsleiter tätige Paul Schiermeister konnte am Jahresende 1944 sogar an den Reichswettkämpfen teilnehmen. Andere wurden nach dem Kriege Meister ihres Fachs oder waren leitend in der Industrie tätig.

Im Frühsommer 1942 nahmen Belecker Bürger ausgebombte Dortmunder Familien auf. Nachdem diese vom Ortsgruppenleiter am Bahnhof begrüßt worden waren, übernahmen Mädchen und Jungen der Hitlerjugend die Einweisung zu den Gastfamilien.



*Politische Schulung der Siepman-Lehrlinge 1943 im Schulungsheim Föckinghausen*

Wegen beruflicher und zeitlicher Gründe trat der Stadtvorsteher Josef Stütting im August von seinem Amt zurück. Der Erste Beigeordnete und spätere Nachfolger August Vollmer übernahm zunächst den Stadtvorstand.

Zehn Soldaten waren im Jahr 1942 gefallen, einer vermisst.

Am 26. Januar 1943 wurden die männlichen Schüler der weiterführenden Schulen zur Heimatluftverteidigung verpflichtet. Die Belecker Jungen von der „Oberschule in Aufbauform“ in Rüthen wurden einer Flakbatterie in Belecke zugeteilt. Sie sollten helfen, den Schutz der Siepman-Werke sicherzustellen. Neben der schulischen Bildung, die zwangsweise von dem jeweiligen Alarmzustand abhing, konnten die Jungen am Religionsunterricht durch die örtliche Geistlichkeit teilnehmen. Die Jungen, die das Gymnasium in Brilon besuchten, wurden zur Bewachung der Staumauer des Diemelsees eingesetzt.

Für die Aufstellung einer „SS-Panzerdivision Hitlerjugend“ wurden in einer groß angelegten Aktion 17- bis 18-jährige Freiwillige angeworben.

Am Sellerweg baute die NSV einen Kindergarten.

Im Rahmen des Pflichtjahres für die weibliche Jugend kamen nach Ostern etliche Gelsenkirchener Mädchen nach Belecke. Sie wurden als Kindermädchen oder Haushaltshilfen eingesetzt und hatten am Dienst im BDM teilzunehmen.

Die Stadt versuchte erneut, den Judenfriedhof von der „Reichsvereinigung der Juden“ in Berlin für den Preis von 1 RM pro Quadratmeter zu kaufen.

Nach der Einweisung von August Vollmer als Stadtvorsteher durch den Kreisleiter bewarben sich um die Stelle des Ersten Beigeordneten die Parteigenossen Hermann Hoppe und Walter Siepman. Letztgenannter wurde später vom Regierungspräsidenten bestätigt.

Im Rahmen der Dienstverpflichtung von missliebigen Handwerkern zur Arbeit in bombardierten Städten waren der Maurermeister Beele und der Tischlermeister Stracke für die Durchführung örtlicher Vorhaben unentbehrlich. Der Zimmermeister Blecke und der Dachdeckermeister Sellmann waren dagegen entbehrlich. Stracke sollte dringend benö-

tigte Wohnungen ausbauen und Beele leitend beim Bunkerbau eingesetzt werden.

In diesem Sommer wurden auch Hunde für die Verwendung im Polizei- und Wehrmachtsdienst gemustert. Die Eignungsprüfung fand vor der alten Schule statt. Schäferhund Rex musste, weil tauglich, von dem Besitzer J. Müller-Schellewald nach Braunschweig gebracht werden.

Der nach Belecke kommandierte Polizeibeamte G. wurde neuer Hitlerjugend-Stammführer. G. setzte Jungen des Hitlerjugend-Streifendienstes zur Überwachung von französischen Offizieren im Umgang mit deutschen Frauen und Mädchen ein. In einem Fall kam es zur Anzeige.

Mitarbeiter der Siepman-Werke Bauabteilung erstellten unter der Leitung des Ingenieurs Magnus Berghoff im September Pläne für Splitter-Schutzgräben und den Bau weiterer Baracken für neue Zwangsarbeiter. Danach wurden die Bauzeichnungen für den Luftschutzstollen zwischen der „Neuen Schmiede“ und dem Selligelände erstellt.

Für die italienischen Kriegsgefangenen des abtrünnigen Generals Badoglio wurden auf dem Marktplatz Baracken aufgestellt und mit Stacheldraht eingezäunt. Der Eingang und die Wachstube befanden sich gegenüber dem Haus Hesse.

August Vollmer wurde am 2. Dezember in einer öffentlichen Ratssitzung offiziell als Stadtvorsteher bestätigt und eingeführt.

Am 13. Dezember 1943 mussten sich die Jungen des Jahrganges 1927 zur Wehrerfassung melden. Vier Wochen später, im Januar 1944 entschied ein Arzt in Arnsberg über „Kriegsverwendungsfähigkeit“ oder „Untauglichkeit“.

Neunzehn Männer waren in dem Jahr 1943 gefallen und sieben als vermisst gemeldet. Ein trauriges Jahresende!

Ab Januar 1944 gab es immer häufiger Fliegeralarm.

Im Juni wurde der Belecker Flieger-Unteroffizier Josef Heimann mit militärischen Ehren beigesetzt. Er war mit seinem Flugzeug tödlich abgestürzt. Neben der Geistlichkeit, den NS-Vertretern und einer Luftwaffenabordnung wehte auch die Fahne seiner Hitlerjugend-Kameraden über dem Grab.

NS-Veranstaltungen fanden nur noch in kleinen Gruppen oder gar nicht mehr statt. Außer Jungmädln, Jungvolkjugen und älteren Männern und Frauen gab es nur noch eine Hand voll 15- bis 16-Jähriger, die aber auch schon anderweitig verpflichtet waren, z. B. in der Feuerwehr, als Flakhelfer oder in Wehrrtütigungslagern. So blieben die noch tätigen Handwerker auf Hilfskräfte angewiesen.

Als im Mai 1944 ein Ukrainer aus dem „Ost-Arbeiterlager“ der Siepman-Werke nach einem Unfall starb, bot der Lagerleiter Griese dem Steinmetzmeister Josef Becker „seine“ Männer als Hilfskräfte an. Bei den schweren Erdarbeiten und der Herstellung der Grabeinfassung war dies eine willkommene Unterstützung. Als Grabstein verwendete Josef Becker einen bereits seit 1934 bei ihm stehenden Stein mit schon eingearbeitetem christlichen Kreuz und zur Seite je einem Drudenstern. Der Name des Toten, sein Geburts- und Todestag mussten noch eingemeißelt werden.

Nach der Beisetzung und Herrichtung der Grabstätte

hatte ein NS-Funktionär die „Drudensterne“ (Drudenfuß/Pentagramm) für jüdische „Davidsterne“ (Hexagramm) gehalten und sogleich Anzeige erstattet. Wegen öffentlicher Darstellung eines Judensterns wurde J. Becker zur geheimen Staatspolizei nach Dortmund vorgeladen. Nach Anhörung eines Entlastungszeugen erging das Urteil: 500 RM Strafe und der Vermerk parteipolitischer Unzuverlässigkeit. Bei guter Führung wurde ihm die Rückerstattung des Geldbetrages bis zum 1.11.1947 in Aussicht gestellt. Der Steinmetzmeister brauchte nicht lange zu warten! (Siehe dazu den Bericht des Sohnes Heinz im Kapitel „Zeitzeugen“.)

Im September wurden die Siebzehnjährigen Soldaten, im November 1944 die Jungen des Jahrganges 1928 zur Musterung befohlen.

Zeitgleich wurden alle waffenfähigen Männer von 16 bis 60 Jahren zum Volkssturm verpflichtet. Der Belecker Kommandeur war Hauptlehrer Zurgeißel. Die Jungen mussten in die Warsteiner Jugendherberge zum Waffenlehrgang. Wehrmachts-Unteroffi-



*Musterung Jahrgang 1928*

ziere unterrichteten im Umgang mit Handgranaten und Panzerfäusten. Im nahen Wald übte man das Schießen mit dem MG auf Pappkameraden.

Lehrer Zurgeißel forderte einen damaligen Hitlerjugend-Führer auf, zusammen mit weiteren Hitlerjugend-Jungen die Beteiligung Jugendlicher am Religionsunterricht in den Räumen der Vikarie zu verhindern. Sollte das auf friedlichem Wege nichts bringen, müsse evtl. auch Gewalt ausgeübt werden. (Siehe hierzu auch den ersten Bericht des Kapitels Zeitzeugen „Belecker Jugend im 3. Reich“.)

Um dennoch ungehindert am Religionsunterricht teilnehmen zu können, schützten insbesondere die Mädchen einen plausiblen Grund vor: Nachhilfe in Latein.

Durch den Bahnhof Beleckes rollten weiter Lazarettzüge und Waggons mit Ausgebombten und Flüchtlingen, alle auf der Suche nach einer neuen Heimat. An den Zügen las man „Räder müssen rollen für den Sieg!“, doch der Glaube daran war längst dahin. Neben 30 Gefallenen waren 15 Vermisste allein in diesem Jahr zu beklagen.

Zum Jahreswechsel 1944/45 wurden wegen des zunehmenden Flüchtlingsstromes die beiden unteren Klassenräume der alten Volksschule als Aufgangs- und Übernachtungsräume eingerichtet.

Neben dem noch im Bau befindlichen Bunker an Stüttings Mühle sollte ein weiterer Schutzraum an der Külbe, ein Stollen vom Hause Niermann bis zum großen Külbenstein, entstehen. Dieses Projekt kam aber nicht mehr zur Ausführung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Lebensmitteln wurde wegen der Feindeinwirkungen immer unregelmäßiger. Die privaten Kfz-Halter sollten gewonnen werden, den Transport zu übernehmen. - Mit dieser Anordnung endete im Februar 1945 die letzte Stadtratssitzung des „Dritten Reiches“ in Belecke.

Die örtlichen NS-Führer wurden nach dem Einmarsch der Amerikaner „eingesammelt“ und in das Lager Stukenbrock oder Staumühle in der Senne zur politischen Umerziehung gebracht. Am 2. Mai nahm man drei Belecker SS-Männer fest und brachte sie hinter Stacheldraht. Bis zum Jahresende 1945 fielen oder starben in der Gefangenschaft weitere fünfundzwanzig Männer.

## Ereignisse und politisches Leben in Belecke nach der „Stunde Null“

Mit der sofortigen Übernahme der Regierungsgewalt in den besetzten Gebieten trafen die Amerikaner erste Sicherheitsmaßnahmen. Diese galten dem Schutz der eigenen Truppe, bezogen sich aber auch auf das Verhalten der zivilen Bevölkerung, einschließlich der Haftpflicht für ihre Kinder gegenüber Besatzungssoldaten.

Die Anordnungen Nr. 9 und 10 der Militärregierung sagten dazu:

„Es ist Zivilisten verboten, amerikanische Soldaten anzusprechen, und sie müssen sich von militärischen Gebäuden fernhalten.“

„Eltern haften für ihre Kinder.“ (Dokument im Anhang!)

Nach dem 8. Mai war diese militärisch begründete Verhaltensweise nicht mehr erforderlich. Es gab Sieger und Besiegte. Zu den Siegern gehörten neben den Besatzungstruppen auch die freigelassenen Kriegsgefangenen und die vielen Zwangsarbeiter aus dem Osten. Die letzteren wurden zum Teil bereits nach wenigen Wochen nach Russland (Sibirien) „zurückgeführt“ (siehe Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Stalag VI A Hemer, S. 46). Die französischen und italienischen ehemaligen Feindsoldaten bewegten sich jetzt völlig frei.

Während den Besatzungssoldaten die „Fraternisation“ (Verbrüderung) untersagt war, kam es seitens der früheren Kriegsgefangenen immer häufiger zu Kontakten mit der Bevölkerung. Beispielsweise besuchten die in der Landwirtschaft tätig gewesenen Männer jetzt legal ihre ehemaligen „Wirtsleute“. Zum einen war das eine willkommene Abwechslung zum Lagerleben, zum anderen konnte das persönliche Verhältnis, insbesondere wenn dieses auch im Kriege schon gut war, verbessert werden.

So bestanden vereinzelt freundschaftliche, zum Teil bereits seit langem andauernde, sehr enge Beziehungen zu jungen Belecker Frauen. Aus diesen Verbindungen wurden fünf Kinder geboren. Eine der jungen Frauen heiratete später mit großer Hochzeit in Belecke den mit ihr befreundeten ehemaligen französischen Kriegsgefangenen. Die Belecker Bevölkerung jubelte jetzt mit. Das Paar lebte mit

Kindern in Paris, sie verbrachten über einen langen Zeitraum ihre Ferien in Belecke. Gelegentlich besuchten Belecker anlässlich eines Paris- Aufenthaltes die Familie und fanden freundliche Aufnahme.

Neben den auf der Grundlage echter Gefühle beruhenden Verbindungen gab es jedoch auch einzelne Auswüchse.

Die noch verbliebenen Ausländer waren im Besitz von Zigaretten, Schokolade, Keksen, Alkohol und anderen geschätzten Artikeln des täglichen Lebens. Diese verlockend verführerischen Dinge übten einen nicht zu unterschätzenden Reiz auf einige junge Frauen aus. Nach zunächst harmlosen Treffen mit diesen Männern kam es in der Folge vereinzelt zu ausschweifenden Lustbarkeiten z. B. in den Baracken am Lodenweg. Als sogar die allen zugängliche Külbenkappelle für sehr freizügige Tanzdarbietungen missbraucht wurde, prangerte Vikar Thöne in mehreren Predigten die „sittliche Verkommenheit“ insbesondere der beteiligten Mädchen an.

Neben großen Teilen der Bevölkerung äußerten bereits zurückgekehrte ehemalige deutsche Soldaten scharf ihren Unmut. In Zettelform, an den Schwarzen Brettern verteilt, appellierten sie an Anstand und Moral. Sie verurteilten das Verhalten dieser Frauen und Mädchen - aus ihren verständlicherweise verletzten Gefühlen heraus - als Verrat an den Männern an der Front und in Gefangenschaft.

Bald jedoch konnten Franzosen und Italiener in ihre Heimatländer zurückreisen. In Belecke wurde es wieder ruhiger.

Erfreulich, dass die in dieser Zeit geborenen Kinder ausländischer Kriegsgefangener sich in ihrer neuen Heimat und in Belecke prächtig entwickelten. Sie wurden geachtete und geschätzte Mitbürger.

Im politischen Bereich galt es nach dem totalen Zusammenbruch und der „Stunde Null“ im Mai für die Militärregierung zunächst, die Verwaltung der Gemeinden wieder in Gang zu setzen. Dabei konnte sie sich noch nicht auf frei gewählte Vertreter der Bürger stützen. Es erschien daher sinnvoll, solche Personen zu benennen, die bis 1933 dieser Verwaltungseinheit vorgestanden hatten. So wurde in Belecke der Stadtvorsteher der Jahre 1929 bis 1933

Hermann Hoppe bestimmt. Er war damit das ausführende Organ der Besatzungsmacht.

In den ersten Monaten nach Kriegsende suchten die Besatzer deutsche Mitarbeiter als Vermittler zwischen der Militärregierung und der deutschen Bevölkerung. In Belecke nahm diese Position schon bald nach der Eroberung unserer Heimatstadt Wilhelm Hoppe ein, genannt Willmeke, Kallerweg. Er wurde von den Amerikanern/Engländern als Hilfspolizist eingesetzt, hatte aber als Verbindungsmann zwischen Ortskommandantur und einheimischer Bevölkerung eine wichtige, aber nicht unumstrittene Informanten-Funktion inne.

Der Belecker Pastor Theodor Schlechter berichtet über diese Zeit:

„Die Besatzung wurde zuerst von Amerikanern ausgeübt. Schlappe Disziplin unter den Soldaten. Die Katholiken unter ihnen besuchten an Sonntagen die Hl. Messe. Sie hatten das alte Hotel Cruse beschlagnahmt und inwendig demoliert. Die Truppe wurde



*Hermann Hoppe, Stadtvorsteher / Bürgermeister  
1929 - 1933 / 1945 - 1946*



*Karl Löffeler, Bürgermeister von 1946 - 1948*

im Juni durch Engländer abgelöst, die bis Anfang Juli blieben, um dann nach Warstein zu ziehen. Sie nahmen 18 Betten mit aus dem Hotel.

Das Borsten- und Rindvieh war vor den Räubereien der Russen und Italiener nicht sicher. Manches Schwein, Rind und Kuh hat dran glauben müssen. Deutsche steckten auch dazwischen. Sie kamen aus den Großstädten und verkauften dort das Fleisch zu Phantasiepreisen. Kein Vieh durfte draußen bleiben. Schweine wurden aus den Ställen geholt. Morde kamen auch vor. Am Stimm-Stamm wurde der Beleckter August Rhode, Bruder des Schuldieners, erschlagen aufgefunden. In Beleckte wurden die Nazis an der Spitze der Gemeinde beseitigt."

Parteien gab es noch nicht. Es bestand ein Lizenzierungszwang für Parteien seitens der Besatzungsmächte. In den Westzonen, der englischen, der amerikanischen und der französischen Besatzungszone, gab es Parteien zunächst regional, dann auf Länderebene. Der Zusammenschluss der regionalen

Parteien auf Bundesebene fand erst 1948 statt.

In Beleckte bildeten sich schnell politische Gruppen, die, wie schon in der Zeit vor 1933, überwiegend christlich, römisch-katholisch orientiert waren.

Im Februar 1946 wurden die im Herbst 1945 von der Militär-Regierung ernannten Bürgerschaftsvertreter in ihr Amt eingewiesen. Hier folgen Auszüge aus der Niederschrift über die Einführung der Gemeindevertreter am 9.02.1946. Der Protokollant Albert Hense (der spätere Amtsdirektor) schreibt:

„Auf Veranlassung der Militärregierung Arnberg, 919. Bataillon, waren heute in der Aula der Oberschule Warstein die Gemeindevertreter der Gemeinden des Amtes Warstein erschienen.

Amtsbürgermeister Geisler begrüßte die Versammlung, insbesondere den Kreisgouverneur Major Swayne."

Der Gouverneur sprach zu den Erschienenen (von einer Dolmetscherin wurde die Rede ins Deutsche übersetzt) über die demokratische Gemeindeverwaltung. In einem ausführlichen Vortrag behandelte Major Swayne die vorgesehene Verfassung und Verwaltung für Gemeinden und übergeordnete Körperschaften. Möglicherweise sei der jetzige Vorgang der bedeutendste Schritt in der deutschen Geschichte. Auch vor 1933 sei die deutsche Regierung in Gemeinde, Kreis und Provinz nur eine Mischung zwischen Demokratie und Bürokratie gewesen. Die Bürgermeister, Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten seien nicht direkt vom Volke gewählt gewesen. Major Swayne wörtlich weiter:

„Wir, die Militärregierung, wollen dem deutschen Volk die Grundlage für die demokratische Verwaltung geben. Langsam soll diese Regierungsform wachsen, und wir werden uns in gleichem Maße zurückziehen. Noch sind Wahlen nicht möglich, weil die Maschinerie fehlt. Die jetzt vorgesehenen Vertreter werden noch von der Militärregierung bestellt. Aber im Juni dieses Jahres soll das Volk seine Vertreter selbst wählen. Die bisherige Macht des Bürgermeisters, des Landrates usw. soll aufgeteilt werden. Bürgermeister und Landrat sind die Repräsentanten des Volkes, der Amtsdirektor und Kreisdirektor die ausführenden Beamten. Der Bürgermeister führt sein Amt ehrenamtlich, während

der Amtsdirektor besoldet wird. Die Beamten sind die Fachleute und haben deshalb große Bedeutung.

Die Gemeindevertreter vertreten die Interessen ihrer Gemeinde. Die Kandidaten sollen auf irgendeinem Gebiet des kommunalen Lebens besondere Erfahrung haben und geeignet sein, im Interesse der Allgemeinheit liegende Anregungen geben zu können."

Zum Schluss gab Major Swayne noch einige Richtlinien für die Gemeindevertreter. Danach erklärte er die vorgeschlagenen Gemeindevertreter als in ihr Amt eingeführt. Er wünschte erfolgreiche Arbeit, damit in diesem schönen Lande die Demokratie gedeihe. Gern stehe er mit Rat und Tat immer bereit.

Für die Gemeinde Belecke waren erschienen der von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister und die als Gemeindevertreter vorgeschlagenen Herren:

Bürgermeister	
Hoppe, Hermann, Bäckermeister, Ratsherren	CDU
Adolf Feller, Schlosser	CDU
Heinrich Flormann, Schmied	CDU
Heinrich Gerte, Schlosser	CDU
Johann Berghof, Bauer	CDU
Albert Blecke, Zimmermeister	CDU
Josef Löbbecke, Bauer	CDU
Bernh. Schellewald, Bahnhofsvorsteher	CDU
Josef Weiken, Schlosser	SPD
Johann Harnacke, Sägemüller	SPD
Wilhelm Heppe, Schlosser	SPD

Der Stadtrat einschließlich Bürgermeister war damit zu 75 Prozent christlich (Zentrum/CDU) und zu 25 Prozent zwar von Haus aus christlich, aber sozialistisch (SPD) ausgerichtet. Die Amtszeit von Bürgermeister und Rat galt für drei Jahre.

In einer der monatlichen Gemeindefitzungen wurde Bürgermeister Hoppe aufgefordert zu bestätigen, dass Lehrerin Heimbrodt nur unter Druck und nicht aus Überzeugung als BDM-Führerin wirkte. Für sie war dies eine wichtige Voraussetzung für die Wiedereinstellung in den Schuldienst in Belecke.

Der Belecker Alfons Bange konnte im Frühjahr 1947 das erste Kino eröffnen. Ein Antrag auf Schulspeisung wurde gestellt. Bei der Reinigung des Schwimmbades durch Freiwillige verletzte sich der

Jugendliche Arnold Molitor. Innerhalb weniger Tage verstarb er an der tödlichen Infektion.

Die Stadt übernahm die ehemalige Kinderschule der NSV.

Die Unterbringung und Eingliederung der Ausgebombten und Vertriebenen aus den verlorenen Ostgebieten war für den Rat der Stadt weiterhin eine der dringlichsten Aufgaben.

Im Jahr 1947 begann die Entnazifizierung. Sie wurde bereits 1946 durch den Kontrollrat eingeleitet als „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" durch die Erfassung aller Nazis. Diese waren in fünf Kategorien eingeteilt: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete. Ihre Entfernung aus verantwortlichen Stellen und die Aburteilung durch „Spruchkammern" waren Ziel der Entnazifizierung. In Belecke waren alle NS-Mandatsträger und Parteigenossen davon betroffen. Wer entlastet werden wollte, musste seine Unschuld beweisen. Dazu dienten u.a. Unterschriftenlisten, die zur Entlastung beitragen konnten. Wichtig waren hier die Unterschriften der unbelasteten Personen, die vor zweieinhalb Jahren unter Druck zwar noch mitgemacht hatten, deren ablehnende Gesinnung aber bekannt war.

So kam es, dass die früheren „Amtsträger" jetzt Bittsteller wurden. Letztlich entschieden die eingerichteten Spruchkammern über eine der fünf Eingruppierungsstufen: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete.

Trotz intensiver Bemühungen seitens der VHS-Leitung bei der Kreisverwaltung, dem Regierungsbezirk Arnsberg und dem zuständigen Amt der Landesregierung NRW war es nicht möglich, eine Aussage über das Ergebnis des Spruchkammer-Verfahrens für die Belecker Parteigenossen zu bekommen.

Für alle nach dem Jahr 1910 geborenen Personen besteht noch Datenschutz; für jede Einzelperson der älteren Jahrgänge wäre begründeter Verdacht nachzuweisen gewesen; außerdem fehlte eine verbindliche Namensliste aller Parteigenossen Beleckes. So haben wir auf weitere Nachforschungen verzichten müssen.



Ein Wort sei zu den ehemaligen „Nazi-Frauen“ gesagt: Frau Vollmer wurde aus dem Schuldienst entlassen, Fräulein Heimbrodt als ehemalige BdM-Führerin für viele Monate vom Schuldienst ausgeschlossen, bis glaubhafte Zeugen die ihr aufgezwungene Rolle in der Naziorganisation bestätigten. Die übrigen Frauen, obwohl überzeugte und teils fanatische Nazis, blieben unbehelligt. Lediglich beim Umbetten der ermordeten Russen im Langenbachtal in Warstein mussten auch führende Mitglieder der NS-Frauenschaft aus Belecke die Leichen waschen und Blumenkränze winden.

Durch die rasche Zunahme der Bevölkerung durch die Evakuierten aus den zerbombten Städten, durch die Kriegsflüchtlinge und die Vertriebenen aus den Ostgebieten änderte sich auch die Struktur der Beleckers Gesellschaft.

Schon in den Jahrzehnten vorher war der bäuerliche und handwerkliche Anteil der Bevölkerung gegenüber der industriellen Arbeitnehmerschaft zurückgegangen. Aber zumindest die gemeinsamen Wurzeln lagen im heimischen Raum. Jetzt galt es die Neubürger zu integrieren, die einen Anteil von über fünfzig Prozent der Einwohner ausmachten. Vielen von ihnen war als Städter bäuerliches Leben und Denken fremd.

Neue Berufszweige und ein neuer Kreis von beruflichen Mitarbeitern - Physiker, Chemiker, Ingenieure - vor allem durch die Ansiedlung der AEG

gehörten nun in Belecke zur Arbeitswelt. Nicht nur Westfalen und Sauerländer, nein, ein halbes Dutzend anderer Landsmannschaften mit ihren Sitten, Gebräuchen und Dialekten wohnten zusammen. Auch konfessionell änderte sich das Bild. Bisher waren die Katholiken nahezu unter sich gewesen, nun wuchs die evangelische Gemeinde. Es dauerte jedoch bis zum Jahre 1948, bevor man den evangelischen Gläubigen auf Antrag im Rathaus einen Raum für ihre Gottesdienste überließ.

Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Nachkriegsjahre in Belecke war die Schaffung von Existenzmöglichkeiten für alle. In diesem Punkte muss man den politisch verantwortlichen Bürgern, dem Bürgermeister und den Stadträten bescheinigen, dass sie durch ihre Entscheidungen für den Erhalt alter Industrien und die Ansiedlung von neuer Industrie - oft auch gegen die Stimmen aus den eigenen Reihen - in Zusammenarbeit mit den Herren aus der Wirtschaft Grundlagen gelegt haben für ein politisch demokratisches und für ein wirtschaftlich gesundes und blühendes Belecke.

Auch gegen die Stimmen aus den eigenen Reihen war das Bemühen um den Erhalt und die Neuan siedlung von Industriebetrieben von Erfolg gekrönt und vielleicht die für Belecke bedeutendste Entscheidung der politisch verantwortlichen Bürger in der Nachkriegszeit von 1945 bis 1948.